

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 10. April 1931

Amerika ohne Parlament.

Erstausgabe
Ges. Geschichte
Amsterdam

(Von unserem New Yorker Korrespondenten)

SPD. Washington, im April (Eig. Bericht)

Diktaturen und Halbdiktaturen sind nicht allein auf Europa oder Lateinamerika beschränkt. Anfang Februar ist der 71. amerikanische Bundeskongress nach Hause gegangen, Anfang Dezember wird der im Herbst 1930 gewählte 72. Bundeskongress erst sein Amt antreten. Zehn Monate lang ist die Bundesregierung sich selbst überlassen, zehn Monate lang sind parlamentarischer Wille und parlamentarische Kritik zum Schweigen verurteilt, zehn Monate lang ist Präsident Hoover mit einer Machtfülle, wie sie nur die amerikanische Verfassung dem Bundespräsidenten gibt, der Diktator der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Wenn man die vernehmlichen Aufatmen der öffentlichen Meinung und ihren Pressekommentaren glauben darf, müssten die Amerikaner jetzt, von parlamentarischen Fesseln befreit, das glücklichste Volk der Welt sein, müssten sich amerikanische Initiative und Individualität zum Volksbesten wieder voll auswirken.

Das ist tatsächlich die Stimmung, die sich schon in der verflungenen Parlamentssession breit machte. Nur so ist es erklärlich, dass alle Versuche zu einer vorzeitigen Einberufung des neugewählten Bundeskongresses zunichte gemacht wurden und der in Regierungskreisen besonders ungern gesehene parlamentarische "Quatschbude" das Handwerk auf ein fast volles Jahr gelegt worden ist. Theoretisch gesprochen, ist 1931 ein Jahr, in welchem der Wahlwille des amerikanischen souveränen Volkes nicht in Erscheinung tritt. Weittragende, innenpolitische Entscheidungen sind erst im Jahre 1932 zu erwarten und erst im Jahre 1932 wird die beträchtlich verstärkte demokratische Opposition im Bundeskongress Gelegenheit haben, ihre Bomben gegen die Hoover-Regierung springen zu lassen. Warum also diese anti-parlamentarische Stimmung bei einer Nation, die sich auf ihre demokratischen Prinzipien und ihren Glauben in Parlamentarismus so viel einbildet?! Wenn reaktionäre Bürokratie und faschistischer Wahnwitz nach einer Beseitigung der Volksvertretung oder doch ihrer Kaltstellung schrien, so wurde das in Amerika, dem traditionellen Lande der Freiheit und Gleichheit für alle, mit dem selbstverständlichen Hinweise auf mangelnde demokratische Gesinnung abgetan. Warum also heute die Ablehnung eines Kongresses, dessen Mitglieder man erst vor wenigen Monaten, auf demokratische Ueberlieferungen pochend, gewählt hatte?! - -

Mit dieser Entwicklung ist eine Geistesverfassung in Amerika sichtbar geworden, die merkwürdige Parallelen zur Abkehr vom Parlamentarismus in Europa in sich birgt. Mit Recht mag gesagt werden, dass die amerikanische Volksvertretung in der letzten Session alles andere als gut gearbeitet und eine Dummheit auf die andere gehäuft hat. Aber schliesslich sind die gemachten Fehler nicht die Fehler des Bundeskongresses, sondern der Bundesregierung, auf deren Machenschaften auch zurückzuführen ist, dass das angebliche Gespenst einer Sondersession gebannt worden ist. Regierung und konsequenterweise Parlament haben in der weltweiten Wirtschaftskrise des letzten Jahres völlig versagt. Mit Hän-

den' und Füssen hat sich die Bundesregierung gegen jeden Schritt gewehrt, der mit einiger Phantasie als eine Hilfsmassnahme für die notleidenden Massen Amerikas ausgelegt werden konnte. Was Präsident Hoover und seine Gefolgschaft wünschen und fördern, ist Individualismus, ist Wohltätigkeit, aber nichts, was auch nur in entferntester Weise an öffentliche Verantwortung erinnern könnte.

Scharfe Kritik am Bundeskongresse ist vollauf angebracht, aber nicht in dem Sinne, wie es ein sattes und denkfaules Bürgertum Amerikas wahr haben will. Grundlegende Gesetzgebung wurde nicht geleistet; die bedeutsame Vorlage des Senators Norris, welche die mächtigen Muscle Shoals-Kraftwerke unter Bundeskontrolle stellen und von der Bundesregierung betrieben sehen wollte, wurde zwar von beiden Häusern angenommen, aber durch das Veto des Präsidenten auf ein Nebengeleise geleitet und auf ein weiteres Jahr unschädlich gemacht. Andere fortschrittliche Massnahmen wie die Wagner'schen Vorlagen zur Bekämpfung der Arbeitskrise und Schaffung einer staatlichen Apparatur für soziale Zwecke fanden ein ähnliches Schicksal. Ueber das lächerliche Hilfsprogramm für das amerikanische Bauerntum ist an anderer Stelle geschrieben worden. Versuche, finanzielle Unterstützungen für die Millionen städtischer Arbeitslosen zu erlangen, scheiterten, da die über grosse Kongressmehrheit nichts von Hilfsmassnahmen für hungernde Arbeiter und ihre Familien wissen wollte. Dafür ist man nach anderer Richtung um so grosszügiger gewesen. Die Kriegsteilnehmer erhielten ihre Forderungen auf Bardarlehen ohne weiteres bewilligt, nicht etwa weil sie angesichts der schweren Wirtschaftskrise darauf angewiesen und vollauf dazu berechtigt waren, sondern weil sie gewillt waren, ihre Ansprüche mit politischen Druckmitteln durchzusetzen. Das ist eine Methode, die von der amerikanischen Arbeiterschaft glücklicherweise nicht zu befürchten war und die daher auch mit einer Ablehnung der proletarischen Forderungen beantwortet werden konnte. Auch die grossen Erklärungen für Abrüstung, Kriegsgegnerschaft und Friedenspropaganda sind nur leere Worte geblieben. Hunderte von Dollarmillionen sind für die Modernisierung alter Kriegsschiffe und für den Ausbau einer Luftflotte, die ihresgleichen noch nicht gesehen hat, bewilligt worden. Natürlich, wäre es nach den Wünschen der Kriegshetzer und Aufrüster gegangen, so hätten die Bewilligungen den vielfachen Betrag des gegenwärtigen Budgets erreicht. Aber das ist ein Vorzug, der die Friedensliebe Amerikas nur in sehr zweifelhaftem Lichte erscheinen lässt.

Diese Vorgänge werfen interessante Streiflichter auf die wirkliche Situation und die Geistesverfassung Amerikas. Die Hauptfrage bleibt jedoch nach wie vor, wie weit die überall fühlbare Abkehr von den parlamentarischen Institutionen der vielgerühmten demokratischen Ueberzeugungstreue Amerikas hilft. Gerade wer glaubt, dass die Demokratie zur Leitung des modernen Staatsapparates berufen ist, sollte sich bewusst sein, dass sich die gegenwärtigen schweren Zeitläufte auch in Amerika am besten zur praktischen Anwendung der seit über einem Jahrhundert verkündeten demokratischen Prinzipien eignen. Amerika rückt deutlich vom Faschismus ab, aber zu gleicher Zeit stimmt es enthusiastisch der Kaltstellung des Parlaments zu und begrüsst die Feindschaft, die in der Haltung Hoovers gegenüber dem Bundessenat deutlich zum Ausdruck kommt. Wohl das bedenklichste Anzeichen des demokratischen Abbröckelungsprozesses ist, dass sich in ganz Amerika keine populäre Massenbewegung bemerkbar gemacht hat, die sich für Demokratie und Aufrechterhaltung demokratischer Errungenschaften einsetzte. Man kann, auf eine Formel gebracht, vielleicht sagen, dass Amerika keinen Faschismus hat und wohl auch niemals haben wird. Aber seine Demokratie ist genau so wenig lebendig. Die vorherrschende Erscheinung in Amerika ist heute eine tiefgehende Gleichgültigkeit gegenüber lebenswichtigen sozialen und öffentlichen Problemen, eine Gleichgültigkeit, die sich wie tödlicher Meltau auf jede wahre Demokratie legen muss.

Nur eine Gruppe von Fortschrittlern bildet eine Ausnahme in dieser trostlosen Wüste. Nur diese von der Regierung und einer selbstgefälligen Öffentlichkeit bitter gehassten Fortschrittler im Bundessenate haben, unterstützt von einem Fähnlein bürgerlicher Liberaler im Lande, den Mut gehabt, der künstlich gegen das Parlament voreingenommenen Nation ihre Meinung zu sagen. Ihre Bemühungen, den Bann der parlamentslosen Zeit zu brechen, sind erfolglos geblieben. Parlament, mag es noch so schlecht und rückständig sein, gab den amerikanischen Massen doch noch die Möglichkeit, ihre Stimme hören zu lassen. Mit einer Regierung, die sozial so rückständig wie die Hoover'sche denkt und sich überdies von parlamentarischen Eingriffen frei fühlt, ist für Demokratie und Massenwohlfahrt in Amerika nicht viel zu hoffen.

SPD. Frankfurt/M., 10. April (Eig. Drahtb.)

Das Gewitter, das gegenwärtig unter den Berliner Nationalsozialisten tobt, äussert sich in Frankfurt am Main durch ein starkes Wetterleuchten.

Sicherem Vernehmen nach sollen sich von etwa 800 Frankfurter SA-Leuten 200 zu dem Osaf-Stellvertreter Stennes bekennen. Der Frankfurter Gauleiter Reichstagsabgeordneter Sprenger, der sich durch seine Diätenhamsterei diskreditierte, versucht jetzt, zu beweisen, dass er ein treuer Vasall des grossen Adolf ist. Er hat den Sektionsleiter von Frankfurt-Innenstadt, den pensionierten Oberlandjäger Theodor Schneider seines Postens enthoben. Schneider trägt die Verantwortung für die Unterschlagungen, die in seiner Sektion begangen wurden. Gegen ihn schwebt ferner ein Meineidsverfahren, das in den nächsten Wochen zur Verhandlung kommt. Schneider ist ausserdem aufgefordert worden, sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen. Auch in der Sektion Sachsenhausen haben die Nazis krumme Finger gemacht. Der Organisationsleiter beschwert sich, dass 300 Reichsmark einkassierte Mitgliedsbeiträge nicht abgeliefert wurden. Der Revisor Reich entdeckte ferner in einer anderen Kasse einen Fehlbetrag von etwa 900 Reichsmark.

Wie stark die Gegensätze zwischen den Frankfurter SA-Leuten und der politischen Führung der NSDAP sind, dafür liefert der Ausschluss von einer Reihe von SA-Leuten und eines Sturmführers Beweis. Drei Bezirksleiter, der Kaufmann Scheidt (Bezirk 8), der Ingenieur Kempf (Bezirk 3) und der Kaufmann Wilhelm Förster (Bezirk 9) sind von ihren Posten als Bezirksleiter "zurückgetreten". Auch der Diplomkaufmann Reich hat sein Amt als Revisor und Kassen- und Zellenobmann "niedergelegt". Man sieht, Diäten-Sprenger, der sich durch seine Geldgier diskreditierte, versucht, durch ein scharfes Regiment alles wieder wettzumachen. Aber es ist sehr zweifelhaft, ob er das morsche Parteigebäude in Frankfurt/Main vor dem Zusammenbruch bewahren kann.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat die Bundeszeitung "Der Stahlhelm" auf Grund des § 5 Ziffer 1 und 13 des Gesetzes zum Schutze der Republik sowie der Ziffer 2 und 12 der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen mit sofortiger Wirkung bis zum 9. Juli 1931 verboten.

Das Verbot wird mit einem Artikel begründet, der im Stahlhelm Nr. 13 vom 5. April unter der Überschrift erschienen ist "Um der Freiheit willen - löst den Landtag auf". In dem Artikel hat der Bundeskanzler des Stahlhelm Major a. D. Wagner Ausführungen gemacht, die in Inhalt und Form eine besonders verletzende und rohe Beschimpfung der preussischen Staatsregierung darstellen. Der Artikel führt im einzelnen aus, dass die derzeitige Staatsführung in Preussen nicht geeignet sei zur Abwehr der polnischen Gefahr. Die marxistische Führung habe in der Republik die Sabotage des Ruhrkampfes auf dem Gewissen. Die marxistische preussische Regierung werde stets ein Verbündeter Frankreichs und damit Polens sein. Sie werde in ihrem Hass gegen jede stolze Regung der Nation Volk und Reich zu entmachten suchen. Weiter wird der preussischen Staatsregierung unterstellt, dass sie bei der kommenden Abrüstungskonferenz dem Reich in den Rücken fallen werde. Endlich wird in dem fraglichen Artikel der preussischen Staatsregierung nachgesagt, dass sie das Preussentum hasse. Sie werde dem Willen des feindlichen Auslandes, sich in die deutschen und deutsch-österreichischen Angelegenheiten einzumischen, eher Vorschub leisten, als sich ihm widersetzen.

Für die Dauer des Verbots war die Tatsache massgebend, dass der Artikel nicht etwa nur eine einzelne Beschimpfung enthält, die als einmalige gelegentliche Entgleisung aufgefasst werden könnte, sondern dass eine Kette planmässiger, gehässiger und in politischer Hinsicht denkbar schwerwiegender Vorwürfe gegen die Regierung eines deutschen Freistaates erhoben wird.

SPD. Braunschweig, 10. April (Eig. Dr.)

Der von der Elternschaft der weltlichen Schulen Braunschweigs proklamierte zweitägige Schulstreik hat Franzen veranlasst, den Erziehungsberechtigten die schärfsten, im Gemeindeschulgesetz angeführten Strafen anzudrohen. Er hat eine Verfügung erlassen, in der es heisst:

"Nach mir zugegangenen Meldungen haben Vertreter des weltlichen Elternbundes im Lande Braunschweig beschlossen, zum Schulstreik aufzufordern. Ich warne alle Beteiligten, dieser Aufforderung zu entsprechen und verweise auf die gesetzliche Verpflichtung der Erziehungsberechtigten, ihre schulpflichtigen Kinder regelmässig und pünktlich der Schule zuzuführen. Zuwiderhandlungen werden gemäss § 16 des Gemeindeschulgesetzes mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder Haft bis zu 14 Tagen geahndet. Die Polizeibehörden sind angewiesen, jeder Störung des Schulbesuchs der Kinder mit allem Nachdruck entgegenzutreten."

Ausserdem hat Franzen die Schulvorstände angewiesen, in jedem Falle der Zuwiderhandlung Strafantrag zu stellen. In Wolfenbüttel hat die Polizei mehrere Erziehungsberechtigte, die angeblich in der Nähe der Schule Streikposten gestanden haben, festgenommen. Unter ihnen befindet sich auch der von Franzen abgebaute sozialdemokratische Studienrat Elchlepp. Die Erbitterung der Elternschaft ist so gross, dass der Schulstreik mit grosser Geschlossenheit durchgeführt wird. Daran werden auch die Strafandrohungen Franzens, die von der Elternschaft übrigens vorausgesehen wurden, nichts ändern. Am Montag werden die Kinder die Schulen wieder besuchen.

SPD. Am 1. April hat die "Nationalsozialistische Wirtschaftskorrespondenz" ihr Erscheinen eingestellt. In einem Schreiben an ihre Bezieher teilte die Korrespondenz unter dem 30. März mit, dass die Einstellung erfolge, weil die Reichsleitung der Nazis eine "Verfügung" erlassen habe, nach der das gesamte Zeitungskorrespondenzwesen der Partei einheitlich geregelt werden solle. In Wirklichkeit erfolgte die Einstellung der Korrespondenz wegen Unrentabilität. Von nationalsozialistischer Wirtschaft wollen nicht einmal mehr die Nazi-Unternehmer noch etwas wissen.

SPD. Kairo, 10. April (Eig. Drahtb.)

"Graf Zeppelin" traf am Freitag nachmittag 16,30 Uhr bei herrlichem Sonnenschein und völliger Windstille über Kairo ein. Tausende und Abertausende begrüsst das Luftschiff begeistert. Nach einem kurzen Rundflug über der Stadt und einem Abstecher nach den Pyramiden von Gizeh entschwand der silberne Luftriese in Richtung Oberägypten.

SPD. Als einer der lautesten Schreier gegen die Sozialdemokratie gefällt sich der kommunistische Reichstagsabgeordnete und frühere preussische Landtagsabgeordnete Moericke. Kürzlich verunglimpfte dieser Schimpfbold unter dem Schutz der Immunität in einer Reichstagsrede die sozialdemokratischen Führer. Zur Belohnung wurde er von Heckert und Dahlem, den Machern der KPD-Gewerkschaftsläden, mit der Führung des kommunistischen Landarbeiterverbandes betraut.

Wer ist Herr Moericke? Der "Landarbeiter", das Organ des Deutschen Landarbeiterverbandes gibt auf diese Frage folgende erschöpfende Auskunft:

"Moericke war während des Krieges in einem Rüstungsbetrieb zu Halberstadt, in welchem Flugzeug hergestellt wurden, als Werkmeister beschäftigt. Er war einer der schlimmsten Antreiber, die es je gegeben hat. Er verlangte von den Arbeitern Überstunden bis zum Zusammenbrechen. Wer nicht parierte

oder sich als Vertrauensmann der Freien Gewerkschaften betätigte, wurde beim Generalkommando denunziert. Im Jahre 1917 wurde in dem erwähnten Rüstungsbetrieb das tausendste Flugzeug fertiggestellt. Aus diesem Anlass hielt Moericke auf dem Flugplatz eine Rede, die ein einziges Bekenntnis zum Krieg war. Am Abend des Festtages wurde das Ereignis noch besonders festlich im Hotel "Prinz Eugen" in Halberstadt begangen. Bei dieser Festlichkeit war es wiederum Moericke, der als Festredner Wilhelm den Letzten nach einer schwü- stigen Rede hochleben liess. Es ist von dieser Feier noch eine Photographie vorhanden. Kaiser-hochreden sind von Moericke noch kurz vor dem Zusammenbruch in "Königs Hotel" gehalten worden."

Der "Landarbeiter" schildert dann, wie sich Moericke später in die Arbeiterbewegung eingeschlichen hat. Auf dem Umweg über die USP, die ihn abschüt- telte, wurde er Bezirkssekretär bei der KPD. Während seiner Tätigkeit in der Arbeiterjugend soll einiges Geld an seinen Fingerspitzen kleben geblieben sein. Beim Einzug der Reichswehr in Halberstadt verschwand er, ohne dass ein Grund vorlag, und versteckte sich im Schilf eines Sumpfes.

SPD. New York, 10. April (Eig. Drahtb.)

Das Abgeordnetenhaus des Bundesstaates Wisconsin nahm mit 51 gegen 38 Stim- men einen von den Sozialisten eingereichten Antrag an, welcher die Behörden des Staates Kalifornien zur sofortigen Begnadigung der unschuldig zu lebensläng- licher Haft verurteilten Arbeiterführer Tom Mooney und Warren Billings auffor- dert. Der Beschluss bezeichnet den Mooney-Billings Justizskandal als eine "ständige Beschimpfung der amerikanischen Justiz".

SPD. Madrid, 10. April (Eig. Drahtb.)

Im Zentrum der Stadt kam es am Freitag-Mittag zu einem ernststen Zusammen- stoss von Arbeitslosen und Studenten mit spanischen Monarchisten. Die Arbeits- losen und Studenten befanden sich auf dem Wege zum Volkshaus und stiessen vor dem Haus der spanischen Legionäre feindliche Rufe aus, denen einige Stein- würfe in die Fenster des Hauses folgten. Etwa 20 Legionäre eilten daraufhin auf die Strasse und griffen die Arbeitslosen in brutaler Weise mit Gummiknüppel und Revolvern an. Mehrere Arbeitslose und ein Student wurden schwerverletzt. Die Polizei verhaftete einige Legionäre, die zugaben, auf die Arbeitslosen ge- schossen zu haben.

SPD. Kiel, 10. April (Eig. Drahtb.)

Der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein hat auf Grund der letzter Notverordnung des Reichspräsidenten die Zeitung "Das Landvolk" auf 4 Wochen ver- boten. Das Blatt hatte im Zusammenhang mit einer Versteigerung gepfändeter Mö- bel von üblen Geschäftstricks des Verwaltungssystems gesprochen und bemerkt, man möge doch dem Feindbund mitteilen, dass in Deutschland Zwangsversteigerun- gen nutzlos wären, da ein kaufkräftiges Publikum nicht mehr vorhanden sei.

SPD. Der preussische Ministerpräsident Dr. Otto Braun wird sich am kom- menden Diensta; in einer grossen öffentlichen Versammlung im Berliner Sport- palast mit den Urhebern des Volksbegehrens zur Auflösung des preussischen Land- tags auseinandersetzen. Das Thema lautet: "Was soll aus Preussen werden?"

SPD. Rom, 10. April (Eig. Drahtb.)

Die im Ausland verbreitete Nachricht über einen zweijährigen Zahlungsaufschub für alle Kriegsschulden erklärt das amtliche Telegraphenbüro Italiens für unbegründet. Die Erklärung erfolgt auf Grund von Erkundigungen in Washington.

SPD. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung schätzt die Zahl der durch eine Einführung der 40-Stunden-Woche freiwerdenden Arbeitsplätze auf rund 600 000. Durch die Einschränkung des Doppelverdienens würden nach den Berechnungen der Arbeitslosenkommission rund 280 000 Arbeitsplätze frei gemacht werden können. Das wären etwa 800 000 Arbeitsplätze mehr.

Man sieht, Möglichkeiten zur Eindämmung des Arbeitslosenelends sind da. Sie auszunutzen, muss die erste Aufgabe der Regierung sein, sobald die Minister aus ihrem Osterurlaub zurückgekehrt sind.

SPD. Rom, 10. April (Eig. Drahtb.)

Ein neuer Verwaltungsrat für einen Spezialfonds der faschistischen Korporationen wurde am Freitag eingerichtet. An ihn sind von allen Zwangsbeiträgen der Arbeiter an die faschistischen Gewerkschaften zehn Prozent Verwaltungskosten der Organe des Zunftsystems abzuführen.

SPD. Es wird uns geschrieben :

Der vierzigjährige "Kaufmann" Gombert, vorbestraft wegen verschiedener Delikte, der als Vorkämpfer für das Dritte Reich in der nationalsozialistischen Partei Kölns eine der ersten Geigen spielt, wurde wegen Betrugs zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Gombert ist verheiratet und Vater von vier Kindern, was ihn jedoch nicht hinderte, sich an eine arme Witwe heranzumachen, sie geschlechtlich zu infizieren und um ihre letzten Groschen zu bringen. Im April 1929 starb der Ehemann der Witwe, der Arbeiter T. durch einen tödlichen Unfall. Gombert bot der Witwe seine "Hilfe" an. Sie fasste zu ihm das grösste Vertrauen. Er gab sich ihr gegenüber als Besitzer vieler Häuser aus, schwindelte ihr vor, er stehe mit seiner Frau in Ehescheidung, und er könne eine bessere Mutter für seine Kinder als die Witwe überhaupt nicht finden. Schliesslich trat die Frau T. als Buchhalterin in die "Firma" Gombert ein und steckte die Summe von 1000 Mark, die sie von der Lebensversicherung bei dem Tode ihres Mannes erhalten hatte, in den Betrieb. Vier Monate war sie bei Gombert "tätig", nie erhielt sie den versprochenen Monatslohn, und bald merkte sie, dass auch ihre 1000 Mark zum Teufel waren. Der schwindelhafte Kämpfer für das dritte Reich hatte das der armen Frau entlockte Geld verjubelt.

Vom Schöffengericht Köln wurde Gombert zu der recht milden Strafe von einem Monat Gefängnis verurteilt. Dagegen legte der Vampyr vom Hakenkreuz Berufung ein, die von der Kölner Grossen Strafkammer als Berufungsinstanz jedoch verworfen wurde.

SPD. München, 10. April (Eig. Drahtb.)

In einem Aufruf verpflichtet Hitler seine Parteianhänger in Preussen, sich in die Listen des Stahlhelm-Volksbegehrens einzuzeichnen. Dieses Eintreten für die Reaktion der Kraut- und Schlotbarone der alten Militärkaste und der Hohenzollernpastore kann niemand überraschen. Immerhin muss man von dem Aufruf Notiz nehmen, weil Hitler darin die werktätigen Massen der preussischen

Bevölkerung in niederträchtigster Weise verhöhnt. Denn er dekretiert in dem Aufruf: "Preussen muss wieder werden was es jahrhundertlang war: ein Bannerträger der deutschen Freiheit".

Dass Preussen bis Ende 1918 das ganz oder halb absolutistisch geformte Bollwerk der deutschen Reaktion war, das mit allen Mitteln der brutalen Gewalt den politischen Freiheitswillen des preussischen und des ganzen deutschen Volkes in Fesseln hielt und insbesondere seine Arbeiterschaft bis zuletzt durch das Dreiklassenwahlrecht entrechtete, scheint dem Halbtschechen Hitler völlig unbekannt zu sein. Wie in seiner eigenen Partei beginnt für ihn die Freiheit des deutschen Volkes erst mit der absoluten Befehlsgewalt einer militaristischen Kamarilla.

SPD. Brüssel, 10. April (Eig. Drahtb.)

Die gemeinsame Abrüstungskommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes befasste sich am Freitag in Brüssel unter dem Vorsitz von Jouhaux-Frankreich und Albarda-Holland mit der Frage der Propaganda für die internationale Abrüstung. Es wurden die verschiedenen Propagandamethoden ins Auge gefasst: Demonstrationen, Petitionen an den Völkerbund, Interpellationen in den Parlamenten, u.a.. Eine Unterkommission, bestehend aus den beiden Sekretären der beiden Internationalen, ferner aus Breitscheid, de Brouckère, Gillies und Andersen, soll ein Aktionsprogramm ausarbeiten und die Forderungen festsetzen, die der internationalen Abrüstungskonferenz im Februar 1932 unterbreitet werden sollen. Die Unterkommission wird am 13. Mai in Amsterdam zusammentreten. Die Kommission selbst wird am 21. Juni in Genf wieder tagen.

SPD. Bochum, 10. April (Eig. Drahtb.)

Die Bochumer nationalsozialistische Tageszeitung "Rote Erde" ist am Freitag von dem Oberpräsidenten von Westfalen auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden. Das Verbot wurde durch einen Artikel veranlasst, in dem die Staatsanwaltschaft bezichtigt wird, an der Verfolgung eines Mordes an einem Nationalsozialisten kein Interesse zu haben.

SPD. Weimar, 10. April (Eig. Drahtb.)

Die am Freitag weitergeführten Verhandlungen zur Ergänzung der Regierung Baum ulieben ebenfalls ergebnislos.

Im Verlauf der Besprechungen machte der Landtagspräsident den Regierungsparteien den Vorschlag, die Regierung künftig aus 7 Mitgliedern bestehen zu lassen, und zwar aus 2 Ministern und 5 Staatsräten. Die Landvolk- und Wirtschaftspartei sollen je einen Minister und zwei Staatsräte erhalten, während die Volkspartei sich mit einem Staatsrat begnügen soll. Das hat die Volkspartei abgelehnt. Sie will nunmehr eine neue Vorschlagsliste einreichen, über die am Montag verhandelt werden soll.

In der Freitag-Nummer der Allgemeinen Thüringer Landeszeitung Deutschlands veröffentlicht Staatsminister Baum einen längeren Artikel, in dem er sich gegen die Angriffe der Nationalsozialisten wehrt, die in der Öffentlichkeit behaupten, es sei mit ihnen ein unehrliches Spiel getrieben worden. Baum erklärt, dass er ehrlich bestrebt gewesen sei, zwischen den streitenden Parteien eine Verständigung herbeizuführen. Die Einigungsverhandlungen seien dadurch erschwert worden, dass die Volkspartei und die Nationalsozialisten

sich so scharf gegenüberstanden und jeden Verkehr miteinander vermieden hätten. "Ich kann - so schliesst Baum seinen Artikel - es aber nicht unterlassen, im Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass noch am letzten Abend vor der Abstimmung über die Misstrauensanträge eine bereits angebahnte Besprechung zwischen Herrn Hitler und mir dadurch unmöglich gemacht wurde, dass Seiten der Nationalsozialisten offiziell mitgeteilt wurde, Herr Hitler sei nur dann bereit, in eine Besprechung mit mir einzutreten, wenn ich sofort erklärte, dass ich am andern Tage mit der Gesamtregierung zurücktreten wolle. Das Urteil über diese Mitteilung des Herrn Hitler überlasse ich der Öffentlichkeit."

Der Landesausschuss der Wirtschaftspartei hat die Fraktion der Wirtschaftspartei beauftragt, nochmals den Versuch zur Einigung der streitenden Parteien zu machen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Kürtens Vorgänger.

Die Massenmörder der letzten zwei Jahrzehnte - Eine Chronik des Schreckens und des Grauens.

SPD. In diesen Tagen, in denen durch den grossen Sensationsprozess Kürten das Rätsel um die unheimliche Düsseldorfer Mordserie wieder aufflackert, hätte der Mann, der die "Seltsamen Geschichten" schrieb, Edgar Allan Poe, seine Kunst der Phantastik an dem Geschehen um den Vampyr des Niederrheins bezeugen können. Es wäre sicherlich ein Buch grösster Spannung und Unheimlichkeit entstanden. Doyles Sherlock Holmes und die Detektive des Edgar Wallace haben nicht angestrenchter arbeiten können als die 26 Kriminalbeamten, die die Mordaffären in Düsseldorf untersuchten und nach dem Mörder fahndeten, der jetzt vor dem Tribunal stehen wird.

Der Jack the Ripper von Breslau.

Rückblickend zeigt sich, dass unser Jahrhundert bereits aussergewöhnlich viel Massenmörder erleben musste. Einer der seltsamsten von ihnen war Denke aus Breslau, dessen Verbrechensserie im Jahre 1909 begann, aber erst nach dem Krieg Aufklärung und Sühne fand: 21 Morde hatte der Unmensch auf dem Gewissen. Denke, zur Zeit seiner Taten ein Mann im vorgerückten Alter, war von nahezu abschreckender Hässlichkeit. Gleich dem geheimnisvollen "Jack the Ripper" Whitechapels, dem östlichen Vorort Londons, suchte auch Denke die Armenviertel von Breslau auf, um dort wie ein würgender Wolf einzufallen.

Grossmanns schwunghafter Handel.

Im Jahre 1921 wurden die Taten des Massenmörders Grossmann aufgedeckt: sieben Menschen waren ihm zum Opfer gefallen. Während Denke Frauen und Männer ermordete, waren es bei Grossmann nur Frauen, zu denen ihn sein verbrecherisches Wesen wie zu einem Magneten hingog. Grossmann lebte in einem Hause in der Lange-Strasse in Berlin O. In ihrem nächtlichen Dunkel, aber auch in der Umgebung des Schlesischen Bahnhofs und in Kaschemmen suchte er sich seine Opfer, nahm sie mit in seine wüst aussehende Kellerwohnung, schenkte ihnen Kleider und gab ihnen zu essen. Alle gingen für ihn auf die Strasse. Wenn er jeweilig eines Mädchens oder einer Frau überdrüssig war, dann geschah der Mord. Wie andere Menschen Tierfleisch zubereiten, kochte und röstete Grossmann die Leichenteile seiner Opfer und verkaufte sie in der Umgebung des Schlesischen Bahnhofs zu wohlfeilen Preisen als "Kalbfleisch" und "Bratwürste". Völlig im Gegensatz zu der kriminellen Veranlagung Grossmanns stand seine Fürsorge und nahezu kindische Liebe zu seinen beiden Kanarienvögeln. Einer von ihnen erfreut sich noch heute in einem Dienstzimmer des Berliner Polizeipräsidiums seines Lebens.

Der Vampyr von Paris.

Während sich im Gesicht Denkes und Grossmanns schon auf den ersten Blick unsympathische Charakterzüge offenbarten, machte die französische (zeitliche) Parallelerscheinung, der Massenmörder Landru, einen ziemlich gewinnenden Eindruck. Jahre hindurch lebte Landru in einem einsamen Hause bei Paris, unbekannt, unentdeckt als Massenmörder, der zu vertrauensselige und zu schnell in Liebe entbrannte Frauen an sich lockte, um sie später zu ermorden und im Ofen zu verbrennen. Landru hatte allen Frauen, die er auf diese schreckliche Weise umbrachte - es waren sechs -, die Heirat versprochen: nicht sexuelle Motive bestimmten sein Handeln, sondern reine egoistische, d.h. er ging auf das Geld seiner Opfer aus.

Die 27 jungen "Freunde" Haarmanns.

Das Entsetzen der zivilisierten Welt wurde gegen Ende des Jahres 1923 wieder wachgerufen, als aus Hannover Schreckensnachrichten kamen, die von geheimnisvollen Funden im Leine-Fluss berichteten. In kurzen Abständen waren aus der Leine Schädel und Knochen herausgefischt worden. Das Mordrätsel von Hannover fand aber erst 1924 seine Lösung. Ein Mann wurde als Massenmörder entlarvt, der lange Zeit als Vigilant im Dienste der Hannoverschen Kriminalpolizei gestanden hatte: es war Haarmann. Auf das Schuldkonto dieses Wahnsinnigen kommen 27 Morde, die sämtlich an jungen Menschen begangen wurden. Haarmann war homosexueller Sadist.

Acht an einem Tag!

In Dillingen (Hessen) richtete der Massenmörder Angerstein ein furchtbares Blutbad an. Eine Jahre hindurch schleichende und allmählich reifende Geisteskrankheit kam plötzlich zum explosiven Ausbruch. Angerstein, der als Prokurist einer angesehenen Firma ein nach aussen hin beschauliches Leben führte, ermordete an einem Tage acht Menschen. Seine gesamte Familie und das Hauspersonal fielen dem fürchterlichen Massaker zum Opfer.

Die Affäre Angerstein ist beispiellos, Gottseidank. Schon rein psychologisch ist das Wesen des Täters ganz anders geartet, als das der anderen Massenmörder, aber auch anders als das Wesen der anderen Familienmörder, die es bisher in der Kriminalgeschichte gab. Familienmörder begehen im allgemeinen nach der Tat Selbstmord, Angerstein blieb am Leben und kam vor Gericht.

W.

Verhinderter Banküberfall. In New-York drangen sechs bewaffnete Räuber in die Filiale der National City-Bank an der 79. Strasse ein. Es gelang dem Kassierer, das elektrische Läutewerk in Bewegung zu setzen, worauf die Räuber flüchteten. Bei der Verfolgung konnte einer der Räuber vom Publikum und nach-eilenden Polizisten gestellt werden, während die anderen in einem Auto entkamen.

Not der Diamantengräber. Auf den zum Teil stillgelegten Diamantenfeldern Lichtenburgs in Südwestafrika herrscht unglaubliches Elend unter den weissen Arbeitern. 2 500 Diamantengräberfamilien haben um Unterstützung nach-gesucht. Die Not ist so gross, dass wiederholt Kinder der Arbeiter auf dem Weg zur Schule in Ohnmacht fielen.

Verurteilung eines Fabrikbesitzers. In Pressburg wurde der Besitzer einer Gummifabrik wegen Fahrlässigkeit zu sechs Monaten Kerker und einer erheblichen Geldstrafe verurteilt. In der Fabrik des Angeklagten, der nicht für genügende Schutzmassnahmen für seine Arbeiter Sorge getragen hatte, ereignete sich vor einiger Zeit eine Explosion von Benzolgasen, wobei elf Arbeiterinnen getötet und neun schwer verletzt wurden. Der Staatsanwalt hat gegen das nach seiner Meinung zu niedrig bemessene Urteil Berufung eingelegt.

Gesühnte Nazi-Bluttat. Im nationalsozialistischen Mordprozess Markowski und Genossen vor dem Landgericht III in Berlin wurde der Angeklagte Becker wegen schwerer Körperverletzung (des kommunistischen Arbeiters Schirmer) mit Todeserfolg zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Die anderen Angeklagten wurden wegen gefährlicher Körperverletzung in Tateinheit mit Raufhandel bestraft. Froschauer erhielt drei Jahre, Markowski zwei Jahre, Fritz Domning zwei Jahre, Foyer zwei Jahre, Konrad Domning ein Jahr Gefängnis.

Der gleichfalls vor dem Berliner Landgericht III zur Verhandlung stehende Prozess gegen Stief und drei Mitangeklagten, die sich wegen versuchten Totschlafs zu verantworten haben, ist am Freitag bereits zum zweiten Male, und zwar auf nächsten Mittwoch, vertagt worden, da einer der Angeklagten noch immer nicht verhandlungsfähig ist.

In der Kiste nach Amerika. An Bord des augenblicklich von Cherbourg nach New-York fahrenden französischen Dampfers "Lafayette" lagert eine an die Firma Taylor in New York adressierte Kiste, die von einem 20jährigen Handwerker aus Paris "bewohnt" wird. Der reiselustige junge Mann hat sich bei einem Freunde in die Kiste einschliessen lassen und die Reise nach Uebersee als "Muster ohne Wert" angetreten. Erst als der Pariser Spediteur die Frachtkosten bei den Eltern des Handwerkes einkassieren wollte, kam der Schwindel ans Tageslicht. Aber die Kiste selbst konnte von der sofort benachrichtigten Schiffsleitung in dem vollgestauten Laderaum des Schiffes bis jetzt nicht noch ausfindig gemacht werden...

+ + +
Freitod eines Arztes. In Eltville (Rhein) erschoss sich der praktische Arzt Dr. Karl Weitzel. Zerrüttete Familienverhältnisse sind das Motiv der Tat.

+ + +
50 000 Lire im Beichtstuhl. Vom Gericht in Mailand wurde der italienische Bandit Carlo Laccocorvis wegen eines eigenartigen Erpressungsversuchs zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus verurteilt. Laccocorvis hatte eines Tages an eine reiche Dame der Stadt folgenden Brief geschrieben: "Wenn Sie nicht bis morgen abend 50 000 Lire im Beichtstuhl der Santa Maria-Kirche niedergelegt haben, werden Sie die Nacht nicht überleben." Die junge Dame war anderer Ansicht. Sie eilte zur Kriminalpolizei und weihte die Beamten ein. Am anderen Morgen schritt sie durch die Kirche und warf auffällig ein kleines Paket in den Beichtstuhl. Natürlich enthielt es statt Geld nur wertloses Papier. Polizeibeamte lagen auf der Lauer - aber niemand kam. Der Erpresser schien sich sein Tun überlegt zu haben. Vielleicht war er anderen Sinnes geworden, vielleicht fand er auch den Mut nicht, an den Beichtstuhl heranzutreten. Einige Tage später fiel Carlo Laccocorvi wegen einer belanglosen Angelegenheit in die Hände der Mailänder Polizei. Der Festgenommene war ein alter Bekannter der Behörden; er hatte bereits sechs Vorstrafen auf dem Kerbholz. In den Taschen des Verbrechers fand man Briefpapier, das mit dem des berüchtigten Erpresserbriefes übereinstimmte. Nach langem Leugnen legte Laccocorvis endlich ein Geständnis ab. Er hatte den Trick mit dem Beichtstuhl ausgetüftelt und bedauerte lebhaft, dass die 50 000 Lire nicht in seinen Besitz gelangt waren. Als er gesehen hatte, dass Kriminalbeamte die Santa-Maria-Kirche zu dem von ihm bestimmten Zeitpunkt besetzten, hatte Laccocorvi sich rechtzeitig aus dem Staube gemacht.

+ + +
Erlaubte Sterilisation. Das gegen den Professor Schmerz in Graz wegen Verbrechens der schweren körperlichen Schädigung, begangen durch Sterilisation von Männern, schwebende Verfahren ist von der Staatsanwaltschaft Graz eingestellt worden. Die Anklage gegen Schmerz wurde im Oktober 1929 erstmalig erhoben. Der Angeklagte wurde zunächst in zwei Instanzen verurteilt. Dass nunmehr die Einstellung des Verfahrens gegen Professor Schmerz, der an Männern Eingriffe vorgenommen hatte, durch die die Zeugungsfähigkeit unterbunden wurde, erfolgte, bedeutet gleichsam die Rehabilitierung des Arztes. Professor Schmerz lässt bei Männern im Gegensatz zu dem bekannten Zwickauer Kreisarzt a.D. Dr. Boeters, der nur für die Sterilisation geistig minderwertiger Menschen eintritt, auch die soziale Indikation ausser der medizinisch=biologischen gelten. Seine Patienten waren meistens schlechtbezahlte Unterbeamte der Eisenbahn, die Schmerz vor der Sorge drohenden Nachwuchses, dessen Ernährung und Erziehung materiell nicht sicher gestellt war, befreite. Soweit bekannt, erlitt keiner der behandelten Beamten gesundheitlichen Schaden. Auch rein theoretisch ist von medizinischer Seite gegen das Schmerz'sche Verfahren kein erheblicher Einwand gemacht worden.



Kürzt die Arbeitszeit!

Neuer Gewerkschaftsappell an die Regierung.

SPD. Wer schnell gibt, gibt doppelt. Dem Reichsarbeitsminister ist diese Mahnung, die stets den Hilfsaktionen der christlichen Wohltätigkeit voranleuchtet, sicherlich auch bekannt. Man darf daher wohl annehmen, dass der neue Appell, den die freien Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeitverkürzung am Freitag an die Reichsregierung gerichtet haben, vor allem im Reichsarbeitsministerium nicht auf taube Ohren stossen wird.

Schnelle Hilfe! Das ist der Grundakkord, von dem der Appell der ADGB- und AFA-Sekretäre des Bezirks Berlin, Brandenburg, Grenzmark getragen wird. Er fordert mit stärkstem Nachdruck im Anschluss an das erste Gutachten der Arbeitslosenkommission von der Reichsregierung die Einführung der 40-Stundenwoche. In einem tiefschürfenden Vortrag von Hermann Müller, dem zweiten Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wurde diese Forderung von neuem überzeugend und wirkungsvoll begründet.

Weg von der Strasse, Demobilisierung der Armee des Elends, Sicherung der Existenz! Immer wieder brachen aus Müllers Schlussfolgerungen diese an die verantwortlichen und massgebenden Stellen gerichteten Notschreie. Ohne Abbau der Arbeitslosigkeit - so führte Müller, gestützt auf hieb- und stichfestes Beweismaterial aus - keine Besserung der Lage weder für den Arbeiter, noch für die Wirtschaft, noch für den Staat. Hilfe, aber schnelle Hilfe! Schnelle Hilfe kann allein nur die Arbeitszeitverkürzung schaffen. Alle Bedenken, die irgendwie gegen diese Forderung erhoben werden, wiegen federleicht gegenüber dem unleugbaren Wert der Arbeitszeitverkürzung, nicht zuletzt in psychologischer Hinsicht. Die Volksmassen sehnen sich nach Arbeit. Die Sicherung der Existenz ist ihnen im Augenblick das wichtigste, und ihr zuliebe sind sie auch zu Opfern bereit. Die Forderung nach Einführung der 40-Stundenwoche als Dauereinrichtung ist von den Gewerkschaften mit guten Gründen erhoben worden, und die Arbeitslosenkommission hat diese Forderung prinzipiell anerkannt. Jetzt gilt es von der Erkenntnis zur Tat überzugehen. Die 40-Stundenwoche muss kommen und wird kommen, genau so wie der Achtsturentag durchgesetzt wurde. Als er von den Gewerkschaften zum ersten Mal gefordert wurde, da gab es auch unter den Arbeitern Kleinmütige und Aengstliche, die glaubten, sie könnten mit einem Lohn für acht Stunden Arbeit statt für zwölf nicht mehr existieren. Der Achtsturentag kam und mit ihm kam eine Erhöhung des Lohns. Die Gewerkschaften, die diese Erhöhung voraussagten, haben recht behalten, So wird es auch mit der 40-Stundenwoche sein. Ist erst einmal die grosse Reservearmee abgebaut, ist erst einmal wenigstens eine gewisse Sicherheit und Stabilität in Wirtschaft und Staat vorhanden, dann wird auch der Lohn wieder steigen. Daher zuerst Niederringung der Arbeitslosigkeit - um jeden Preis, erst danach kann der Wiederaufstieg der Arbeiterschaft beginnen.

Wir müssen, koste es was es wolle, aus dem Sumpf der Arbeitslosigkeit heraus. Das kann nur geschehen, durch entschlossenen Vormarsch. Zurückweichen vor den mit der Maschinerisierung und den Bindungen in der Wirtschaft verknüpften Gefahren kann uns nicht helfen. Rationalisierung hat es auch schon früher gegeben. Es gab Maschinenstürmer in England und überall Versuche, die Einführung des mechanischen Webstuhls zu verhindern. Tatsache ist jedoch, dass der Textilarbeiter und nicht nur er, sondern die Arbeiterschaft überhaupt nach

Maschinerisierungs- und Rationalisierungsperioden einen wesentlich besseren Lebensstandard erreichten, als ihn die Väter und Grossväter hatten. Wenn der Fortschritt in der Rationalisierung und Maschinerisierung nicht zur Verbilligung der Produkte geführt, wenn die Preisfrage vor allem bei uns in Deutschland von einer volkswirtschaftlich gesunden Lösung noch weit entfernt ist, dann nicht deswegen, weil die wirtschaftliche Entwicklung von der freien Konkurrenz zur Bindung vorschritt, sondern weil ungesunde Bindungen durch die Kartelle und Trusts den Abbau der Preise verhinderten, Fehlinvestierungen und Fehlrationalisierung mit all ihren verheerenden Folgen für den Arbeitsmarkt hervorgerufen haben. Die privatkapitalistischen Bindungen haben nicht eine Organisation, sondern eher eine Desorganisation der Wirtschaft herbeigeführt. Deswegen ist aber noch lange nicht der Gedanke gesunder volkswirtschaftlicher Bindung zum Zweck der Verbesserung der wirtschaftlichen Organisation ein falscher Gedanke. Die Auswüchse der Kartelle und Trusts wären lange nicht so stark, wenn mit der Organisation des Arbeitgebertums die Organisation der Arbeitermassen gleichen Schritt gehalten hätte. Da das leider nicht der Fall war, konnten die Arbeitgeber um so leichter eine Senkung der Gesteungskosten durch Lohnsenkung erzwingen. Wenn der Staat ihnen dabei zum Teil geholfen hat, so liegt das wiederum an der nicht zuletzt mit der Krise verbundenen besonderen Schwächung der Stellung der Arbeiterklasse. Man darf aber nicht vergessen, dass die Zeiten sich ändern, dass es auch Zeiten gab, wo die Schlichter halfen die Löhne mit aufzubauen. Jedenfalls kann man nicht, wenn man für eine Bindung der Wirtschaft eintritt, dem Staat das Recht streitig machen, auch in der Lohnpolitik regelnd einzugreifen.

Die Arbeitermassen und der Staat, der von diesen Massen getragen wird, müssen erst wieder Boden unter die Füsse bekommen. Ein erster Anfang dazu wäre die Verkürzung der Arbeitszeit. Krise und Arbeitslosigkeit lassen sich nicht mit Schlagworten, auch nicht mit dem Schlagwort der Nazis "Kampf gegen die Reparationen" aus der Welt schaffen. Die Arbeitslosigkeit ist ja nicht nur eine Plage der Besiegten, sondern auch der Sieger. England hat prozentual eine noch viel stärkere Arbeitslosigkeit als Deutschland, und England ist doch ein Nutzniesser der Reparationen. Und auch Amerika ist in der Arbeitslosigkeit nicht zu kurz gekommen. Nicht der Unternehmer, sondern der Arbeiter hat das grösste Interesse daran, die Ziffer der Arbeitssuchenden abzubauen. Er muss daher mit Zähigkeit und Unerbittlichkeit darauf bestehen, dass dort, wo eine Chance sich bietet, aus dem Sumpf heraus auf festen Grund zu kommen, gehandelt wird. Und diese Chance liegt in der Einführung der 40-Stundenwoche. Die Regierung muss diese Chance ausnutzen, denn auch die Existenz des Staates ist mit der Niederingung der Seuche der Erwerbslosigkeit aufs engste verknüpft. Den Bürgerkrieg bekämpft man nicht nur mit Notverordnungen. Irgendwo und irgendwann muss einmal endlich ein Anfang zur Wendung des Elends gemacht werden. Also her mit der 40-Stundenwoche!

+

Müllers Darlegungen fanden ihren Niederschlag in einer Entschliessung. Darin erklärt die Konferenz, die bisher von den Unternehmern und zum Teil auch von der Regierung angewandten Methoden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Lohnabbau, Einschränkung der sozialen Einrichtungen usw. hätten keinen Erfolg gehabt. Der Reichstag habe deshalb bereits die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs verlangt, der die 40-stündige Arbeitswoche vorschreibe. Bedauerlicherweise habe sich die Arbeitslosenkommission nicht mit dem nötigen Nachdruck die Verkürzung der Arbeitszeit eingesetzt, obwohl einsichtige Wirtschaftspolitiker aus dem Kreis des Unternehmertums in ihren Eigenbetrieben den Erfolg der Arbeitszeitverkürzung durch Neueinstellungen bewiesen hätten. Die Konferenz fordere deshalb von der Regierung die beschleunigte Durchführung der 40-stündigen Arbeitswoche durch gesetzliche Massnahmen. Sie sei sich darüber im klaren, dass die in Arbeit Stehenden sich solidarisch mit den Arbeitenden fühlen und die Forderungen der Bundesvorstände auf Verkürzung der Arbeitszeit, selbst unter Bringung persönlicher Opfer, unterstützen.

SPD. Im Freistaat Lübeck hat der Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Wagenverkehrs eine Vereinbarung erzielt, wonach die bestehende Arbeitszeit auf 44 Stunden verkürzt wurde. Die bisherigen Stundenlöhne bleiben bestehen. Auf 11 Arbeiter wird ein Arbeiter neu eingestellt. In Betrieben mit weniger als 11 Arbeitern wird die ausfallende Lohnsumme einem Fonds überwiesen, aus dem andere Betriebe zum Zweck der weiteren Einstellung von Arbeitslosen unterstützt werden.

SPD. Unter den französischen Textilarbeitern hat die Ankündigung der Arbeitgeber von Roubaix-Tourcoing, die Löhne scharf zu kürzen, sehr böses Blut gemacht. Am Sonntag werden die Gewerkschaften von Roubaix und Umgegend zu der Lohnabbauaktion der Textilunternehmer Stellung nehmen. Ueber den Umfang der Lohnkürzungsforderung verlautet nichts Genaues. Allem Anschein nach ist ein etappenweiser Abbau geplant.

SPD. Das Internationale Bergarbeiterkomitee hat dieser Tage in Brüssel abermals zur Lage der Kohlenindustrie Stellung genommen, die überall das gleiche Bild zeigt: Steigerung der Haldenbestände, Versuch eines Kostenabbaus zur Herabsetzung der Löhne, Vermehrung der Konflikte und Streiks vor allem in Frankreich bietet. Das Komitee beschloss im Hinblick auf diese unhaltbaren Zustände, im Juli eine ausserordentliche internationale Konferenz einzuberufen, um für den Fall, dass die Genfer Verhandlungen zu keinem greifbaren Ergebnis führen, ein direktes Eingreifen der Bergarbeiterorganisationen vorzubereiten.

Bei der Prüfung des vom Internationalen Arbeitsamt ausgearbeiteten Vorentwurfs für ein Arbeitszeitabkommen wurde mit besonderem Nachdruck gefordert, die Bestimmungen über Arbeitszeit und Ueberstunden im Braunkohlentiefbau denen im Steinkohlentiefbau anzugleichen. Desgleichen wurde die Forderung erhoben, dass in den Vorentwurf die Bestimmung aufgenommen werde, wonach die Ratifizierung des Abkommens etwa bestehenden günstigeren Arbeitsbedingungen in dem einen oder anderen Land in keiner Weise Abbruch tun dürfe.

SPD. Die Bundeskörperschaften des Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes haben in einer besonderen Kundgebung gegen die faschistische Zersetzung in der Beamtenschaft Stellung genommen. Sie verweisen darauf, dass die Feststellung des IV. Strafsenats des Reichsgerichts, wonach mindestens Teile der Nationalsozialisten auf die gewaltsame Aenderung der Verfassung hinarbeiten, erneut die Vorbereitung des Hochverrats innerhalb dieser Partei bestätigt habe. Die NSDAP habe ihre Feindschaft gegen die demokratische Republik nicht nur in Wort und Schrift sondern auch durch ihr praktisches Verhalten bewiesen. Es sei daher mit den Pflichten des auf die republikanische Staatsverfassung vereidigten Beamten unvereinbar, die Ziele der NSDAP zu unterstützen. Die Nationalsozialisten seien Anhänger der faschistischen Diktatur, die die Beamten der Willkürherrschaft ausliefere. Was die Beamtenschaft von ihnen zu erwarten habe, zeige die beamtenpolitische Praxis der Nazis in Thüringen, Braunschweig, Danzig usw. Wer das Berufsbeamtentum mit seinen sozialen Sicherungen schützen wolle, müsse den faschistischen Strömungen in der Beamtenschaft energisch entgentreten,

Wirtschaft Technik Handel

Erdölpläne und Publikumskäufe.

(Börsenbericht für die Woche vom 6. bis 11. April.)

SPD. Berlin, den 11. April 1931

Trotzdem die Aufwärtsbewegung der Kurse nicht so einheitlich war als in der Woche vor Ostern, ergaben sich doch für die Mehrzahl der Aktien Kursverbesserungen um einige Punkte. Daneben konnten Spezialitäten z.B. Kaliaktien auch höhere Gewinne erzielen.

Viel beachtet wurde, dass sich in wachsender Masse das kleinere Publikum wieder am Börsengeschäft beteiligt. Insbesondere laufen in den billigen Papieren des Kassa- und Terminmarktes täglich zahlreiche kleine Kaufaufträge ein, die angesichts der Knappheit an verschiedenen Märkten oft schnell zu beachtlichen Kurssteigerungen führen. Dass das Publikum gerade in den ersten Apriltagen zu kaufen angefangen hat, kann nicht überraschen. Zum ersten Termin sind die meisten Zinsen auf Obligationen, Anleihen und dergleichen für das abgelaufene Jahr gezahlt worden. Die Inhaber solcher Papiere suchen, falls sie diese Eingänge nicht anderweitig brauchen, neue Anlage, die sie jetzt an der Börse finden. So mancher, der sich in den Maitagen 1927 (schwarzer Freitag) die Finger verbrannt hat, ist wieder durch die besseren Kurse angelockt worden. Damit findet die berufsmässige Spekulation Käufer und zwar solche Käufer, die ihre Papiere längere Zeit halten und sie nicht schon nach einigen Punkten Steigerung wieder auf den Markt werfen.

Ob und wie lange diese Bewegung anhalten wird, hängt nicht von der Börse ab, sondern von den kommenden Ereignissen in Wirtschaft und Politik. Es ist ratsam, Vorsicht walten zu lassen.

Besonderer Vorliebe erfreuen sich nach wie vor die Kaliaktien. Diese Vorliebe ist nicht darauf zurückzuführen, dass einzelne Kaligesellschaften an der vorjährigen hohen Dividende festgehalten haben, vielmehr sind die Erdölpläne der grossen Kalikonzerne ausschlaggebend. Aufkauf von Erdölfeldern und überraschend starke Quellenfunde gehören augenblicklich zur grossen Mode in der Kaliindustrie. Dass dabei einige Gesellschaften wie z.B. Wintershall die Dividende stark gekürzt haben, um Mittel für die Erdölpläne flüssig zu machen, stört die Börse nicht. Die Rentabilität, einst das Fundament der Kursgestaltung, spielt an der Börse nur noch dann eine Rolle, wenn das so in die ganze Tendenz passt. Jedenfalls konnten in den wenigen Tagen nach Ostern Salzdetfurthaktien von 257 auf 270 % anziehen, Aschersleben stiegen von 163,5 auf 178, Westeregeln konnten ihren Kurs von 169 auf 182 befestigen.

Ebenfalls in den Kreis der Erdölfavoriten gehören die Aktien der Deutschen Erdöl A.G., obwohl der Hauptbesitz dieser Gesellschaft in Kohlenbergbau besteht (Zeche Bismark). Ihr Kurs stieg von 74 auf 85 % und zwar in den letzten Tagen vornehmlich auf Grund von Kleinkäufen des Publikums. Bei den übrigen Montanpapieren sah dagegen die Kursentwicklung wesentlich anders aus. Die stärksten Sprünge hatten wieder Ilseaktien aufzuweisen, obwohl die Viag erklärt hat, dass sie nicht an einen weiteren Ankauf von Ilseaktien denkt. Nachdem daraufhin der Kurs von 222 bis auf 200 % gefallen war, konnte er wieder auf 213 % anziehen, um schliesslich am Freitag erneut bis 206 % nachzugeben. Beeinflusst wurden hiervon vor allem die Aktien der Rheinischen Braunkohle, die von 193,5 bis 186,5 % sanken. Harpener Bergbau dagegen konnten

trüzt Dividendenlosigkeit von 76 auf 80,5 % anziehen. Die Eisen- und Stahlwerke, wie Vereinigte Stahlwerke, Phönix und Rheinstahl, waren um etwa drei Punkte im Kurse gebessert.

Das Interesse für Elektropapiere hat im allgemeinen stark nachgelassen, ohne Zweifel deshalb, weil hier die Kurse in den letzten Monaten bereits recht stark gestiegen sind. Nur die bisher besonders schwachen AEG=Aktien konnten sich bemerkenswert bessern und zwar von 109,25 auf 115,5 %. Dagegen waren Siemens nur knapp drei Punkte höher (188,5 %), Bergmann lagen sogar mit 98,25 Prozent um fast 5 Punkte niedriger.

Dafür setzten sich die Steigerungen der Kunstseidenkurse fort, da immer neue, wenn auch immer unbestätigte Gerüchte die Bewegung antreiben. Aku gingen von 87,5 bis 95 %, dann 94,25 %. Bemberg konnten sogar den Parikurs kräftig überschreiten und erreichten nach 97 % einen Höchststand von 108 %, um am Freitag wieder etwas auf 105 % nachzugeben.

Zu erwähnen bleiben ferner Zellstoff Waldhof, die vorübergehend um etwas mehr als 6 Punkte höher lagen, ferner vor allem Reichsbankanteile, die von 164,5 bis 174,5 % anstiegen und am Freitag mit 173 % recht fest blieben. Eine Enttäuschung dagegen brachten die Sarotti=Aktien ihren Besitzern. Auf günstige Dividendengerüchte stiegen sie von 106 auf 117 %, waren dann nach 108 wieder 111 %, um schliesslich am Freitag auf 103 % herunterzugehen. Nun soll die Dividende doch schlecht ausfallen.

SPD. Die Lohnabbaupropaganda des Unternehmertums, die wir im verfloßenen Winter erlebt haben und die leider nicht erfolglos geblieben ist, beruht auf der Prophezeiung, dass niedrige Löhne die Wirtschaft ankurbeln müssten. Mit der Zeit hat man aber erkannt, dass der Lohnabbau ein zweiseitiges Schwert ist, und gerade die kleine Geschäftswelt und die Mittel- und Kleinindustrie, die sich im Anfang so sehr für den Lohnabbau erwärmten, haben ein Haar in der Suppe gefunden. Wenn heute gerade auf der Konsumindustrie ein starker Druck lastet, so ist das eindeutig auf die Kaufkraftdrosselung durch Lohnabbau zurückzuführen. Kürzt man auf der einen Seite die Löhne um 10 %, so kann man bestimmt damit rechnen, dass sich eine entsprechende Absatzdrosselung für die Konsumindustrien einstellt. Der 10%ige Lohnabbau bedeutet aber bei weitem noch nicht einen annähernden Preisabbau.

Mit der wichtigen Frage der Auswirkung des Lohnabbaus auf die Gesteungskosten beschäftigt sich E. Backert, der Vorsitzende des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes. Er untersucht die Auswirkungen eines 10%igen Lohnabbaus auf die Lebens- und Genussmittelbetriebe und kommt zu folgendem Schluss: "Zehn Prozent Lohnabbau bedeuten z.B. beim Brotpreis etwa 1,6 % Verbilligung, beim Brot von 2½ Pfund Gewicht etwa 0,3 Pfennige; vom Mehlpreis ab Mühle je nach Qualität des Produktes 0,2 bis 0,3 %, pro Zentner Mehl etwa 5 bis 7 Pfennige; vom Fleischpreis ab Fleischerladen einschliesslich der Lohnkosten für den Verkauf je nach Qualität 1,2 bis 1,5 Pfennige; beim Bier, in dem einschliesslich Vertrieb bis zum Gastwirt noch die meiste Arbeit steckt, sind die Lohnkosten nach dem Grad der Rationalisierung der Betriebe und nach dem Vertriebsradius zwar schwankend, doch dürfte auch hier ein zehnprozentiger Lohnabbau höchstens bis 1 und 1,5 % des Brauereipreises oder etwa 40 Pfennige pro Hektoliter Bier nicht übersteigen, ein Betrag, der die Rentabilität der Brauerei nicht in Frage stellt. Ähnlich liegt es für die Lohnabbauquoten in der Süswarenindustrie. Eine Preisermässigung bringt dieser Lohnabbau nicht; die hier erwähnten Bruchteile von Pfennigen pro Einheit bleiben entweder als Gewinn beim Produzenten haften oder sie verlieren sich in der Kette, die zwischen der Produktion und dem letzten Verbrauch gespannt ist. Dagegen bedeuten aber 10 % Lohnabbau gerade für die Nahrungsmittelgewerbe eine bedeutende Minderung des Umsatzes, die sich in der Arbeitslosigkeit auswirkt."

Backert unterstreicht unsere alte Auffassung, dass der Lohnabbau nicht zur Ankurbelung der Wirtschaft beigetragen hat, dagegen aber hat der Lohnabbau die Arbeitslosigkeit vergrössert.

SPD. Die Dinge auf den deutschen Getreidebörsen und in unserer Ernährungswirtschaft werden demnächst zur Katastrophe treiben, wenn die Regierung nicht schnell eingreift. Die Vorräte an deutschem Brotgetreide, vor allem die Vorräte an Weizen, gehen zuende. Die Vorratserhebungen des Landwirtschaftsrats zeigen eine bedenkliche Abnahme der Bestände. Mit der neuen Ernte kann man erst nach Mitte des Jahres rechnen. Wir gebrauchen aber monatlich ungefähr 300 000 Tonnen Weizen, was, gemessen an den Bestandserhebungen, die Notwendigkeit bedeutet, zumindesten 500 000 Tonnen Weizen einzuführen.

Die Reichsregierung hat die Vermahlungsquote zunächst von 80 % auf 65 % und dann auf 50 % erniedrigt. Das ist aber eine Geste, die angesichts des hohen Zolls gar nichts bedeutet. Es kommt nicht darauf an, dass Weizen eingeführt wird, sondern darauf, dass Weizen so billig eingeführt wird, dass die Bevölkerung ihn auch bezahlen kann. Die Ermässigung der Beimahlung muss durch eine Zollsenkung ergänzt werden. Die Hoffnung auf eine solche Zollsenkung hat bis jetzt einen Druck auf die Weizenpreise an den deutschen Börsen ausgeübt und verhindert, dass die Preise sich weiter überhonten. Zögert die Regierung aber mit der Weizenzollermässigung, dann wird an den Getreidebörsen die Katastrophe eintreten. Dann werden sich die Preise eines guten Tages auf Grund des sich ständig verknappenden Weizenangebots zügellos erhöhen. Eine solche Preisanschwiege liegt nicht im Interesse der deutschen Volkswirtschaft und der deutschen Landwirtschaft und widerspricht dem Argument, das der gegenwärtige Reichsernährungsminister immer für seine Getreidepolitik angeführt hat: die Preise stabil zu halten. Nicht nur der im Gesetz festgelegte Verbraucherschutz fordert unbedingt die Ermässigung des Weizenzolls, sondern auch die Lage des deutschen Getreidemarktes.

Mit der Ermässigung des deutschen Weizenzolls, die unbedingt kommen muss, wird Deutschland wieder als Käufer in den internationalen Getreidehandel eingeschaltet. Es entsteht dadurch eine Reihe von Gefahren. Einmal wird sicher eintreten, dass die Spekulation den niedrigeren Weizenzoll restlos ausnutzt und ohne Hemmungen kauft. Es würde so eine unerwünschte Vorratseindeckung eintreten, die später den Absatz der deutschen Weizenernte hindern und den erreichten Fortschritten auf dem Gebiet der Einschränkung des Roggenbaus durch vermehrten Weizenbau Abbruch tun wird. Es ist also selbstverständlich, dass das Reich die Weizeninfuhr zu verbilligten Zollsätzen kontingentiert. Andererseits dürfte die vermehrte Nachfrage aus Deutschland das Preisniveau auf dem Weltweizenmarkt nicht unberührt lassen. Eine plötzliche und unregelmäßige Nachfrage nach Auslandsweizen würde zur Hausse auf den Getreidemarkten in der Welt führen und den Weizenpreis steigern. Den höheren Preis hat aber die Verbraucherschaft in Deutschland zu bezahlen. Hier muss eine Regulierung der Nachfrage eintreten. Die angedeuteten Gefahren sind so schwerwiegend, dass Abhilfe geschaffen werden muss. Abhilfe kann aber nur geschaffen werden, indem man die für Deutschlands Ernährung notwendigen Mengen planmässig aufkauft. Das bedeutet die Ausschaltung des freien Handels zu Gunsten einer planwirtschaftlichen Weizenversorgung Deutschlands bis zu dem Zeitpunkt, wo die deutsche Weizenernte zur Verfügung steht.

Der Getreidehandel wird in gewohnter Weise gegen solche Massnahmen opponieren, ohne Rücksicht darauf, dass sie volkswirtschaftlich geboten sind. Dem Getreidehandel, der es liebt, in der Öffentlichkeit sehr viel Lärm über die Tätigkeit der öffentlichen Hand in der Getreidewirtschaft zu schlagen, muss aber einmal bedeutet werden, dass hier die Versorgung der deutschen Bevölkerung mit Brotgetreide zur Debatte steht und nicht die Frage Privatwirtschaft

oder öffentliche Hand. Man wird bei der Versorgung Deutschlands mit dem nötigen Brotgetreide bis zur nächsten Ernte den Weg gehen, der am billigsten ist. Das ist aber die Versorgung durch die öffentliche Hand. Deshalb lehnen wir auch das Projekt ab, durch die Mühlenindustrie eine besondere Einkaufsgesellschaft für ausländischen Weizen zu bilden. Das würde angesichts der Tatsache, dass das Reich über zwei Getreideeinkaufs- und Verkaufsgesellschaften verfügt, die noch den Vorteil haben, die Märkte sehr genau zu kennen, eine nicht zu verantwortende Uebersetzung bedeuten. Das Reich wird die Weizenversorgung Deutschlands am besten mit seinen eigenen Gesellschaften durchführen.

SPD. Am Freitag haben in Berlin Verhandlungen über die deutsch-russischen Industrielieferungen begonnen. Die deutsche Delegation steht unter Führung des Wirtschaftspolitikers Kraemer. Die elektrotechnische Industrie wird durch den Siemensdirektor Köttgen vertreten und die Maschinenindustrie durch den Generaldirektor Dr. Reutter vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten. Als Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nimmt Dr. Veit an den Besprechungen teil. Die russische Delegation besteht aus dem früheren Staatsbankpräsidenten Pjatakow, dem Leiter der Berliner Sowjethandelsvertretung Ljubimow und dessen Stellvertreter Bitker.

Allem Anschein nach werden die Verhandlungen längere Zeit erfordern. Eine Meldung des Hugenbergschen Nachrichtenbüros, dass die Verhandlungen bereits nach den ersten 10 Minuten gescheitert seien (die merkwürdigerweise gerade zur Zeit der Berliner Freitagbörse kolportiert wurde), tritt nicht zu.

Die der Regierung nahestehende Industrie- und Handelszeitung gibt einen Ueberblick über die Bedeutung der Lieferung nach Russland. Danach hat der deutsche Export nach Russland im Jahre 1930 rund 400 Millionen Mark betragen. Verwirklichen sich die deutsch-russischen Pläne, so würde sich der Export um etwa 70 % erhöhen. Das würde den Anteil der deutschen Ausfuhr nach Russland an der gesamten deutschen Ausfuhr von etwa 3 auf 5,5 % steigern.

SPD. Der letzte Ausweis der Bank von Frankreich weist zum ersten Mal eine Verminderung des Goldbestandes und zwar um 20 Millionen Franks nach. Nach Pariser Pressekommentaren ist das Gold von der deutschen Reichsbank aufgekauft worden. Das sei möglich gewesen, weil der Kurs der Reichsmark erheblich angezogen hat und mit dem jetzt an der Pariser Börse notierten Stand von 609 über der Goldparität des Franken liegt. Man nimmt an, dass die Reichsbank mit diesem Aufkauf, der sich in Grenzen hält, die Kosten des Goldtransports von Frankreich nach Deutschland feststellen will. Der Aufkauf französischen Goldes ist nach Ansicht der Pariser Presse durch Rückwanderung deutschen und ausländischen Kapitals nach Deutschland, die infolge der Festigkeit der Berliner Börse vor sich geht, finanziert worden.

SPD. Die Brown, Biveri Co. setzt ihre Dividende von 9 auf 5 % herab. Der Reingewinn hat sich beinahe um 1 Million (von 2,44 Millionen auf 1,32 Millionen) vermindert.

Gerüchte.

(Berliner Getreidebörse vom 10. April.)

SPD. Am Markte der Zeitgeschäfte der Berliner Produktenbörse war die Tendenz am Freitag bei der Eröffnung schwächer. Weizen verlor etwa 2, Roggen 1 Mark. Massgebend hierfür waren Gerüchte über angebliche Absichten der Regierung, die Weizeneinfuhr zu kontingentieren und die Preise für die zugelassenen Mengen künstlich zu senken. Als sich dann die Unrichtigkeit dieser Gerüchte herausstellte, konnten auch die Preise im Lieferungsgeschäft wieder anziehen. Auf den Handel mit effektiver Ware gewannen diese Meldungen keinen Einfluss. Das Angebot war hier in beiden Brotgetreiden weiter recht klein, so dass, obwohl keine grössere Nachfrage vorlag, die Preise unverändert blieben, Mehl hatte nur sehr geringes Geschäft aber auch kein grösseres Angebot zu verzeichnen. Für Hafer war die Tendenz stetig.

	<u>9. April</u>	<u>10. April.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	288 - 290	288 - 290
Roggen	188 - 190	188 - 190
Braugerste	229 - 240	231 - 242
Futter- und Industrierogerste	212 - 228	212 - 230
Hafer	168 - 172	169 - 173
Weizenmehl	34,75-40,50	34,75-40,50
Roggenmehl	26,75-29,50	27,00-29,50
Weizenkleie	13,30-13,60	13,30-13,60
Roggenkleie	13,25-13,50	13,25-13,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 301-303 (Vortag 303), Juli 298-299½ (299½), September 253½-254 (254½), Roggen Mai 200-201 (201½), Juli 197-197½ (198), September 187-187½ (187). Hafer Mai 181-182½ (181½), Juli 190½-191½ (190½), September 175-176 (175½).

Berliner Viehmarkt.

(10. April)

SPD. Am Schweinemarkt, der genügend beschickt war, setzte sich der Preisabschlag vom vorigen Markt fort. Das Geschäft befestigte sich am Schluss des Marktes. Rinder-, Kälber- und Hammelmarkt hatten besseres Geschäft bei anziehenden Preisen. Bei den Kälbern nahm die Preiserhöhung zum Teil das Ausmass von 4 Pfennigen pro Pfund Lebendgewicht an. Der Export beteiligte sich sehr stark am Handel. Das gilt besonders für den Hammel- und für den Rindermarkt.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 34-41 (voriger Markt 32-38), b) 30-33 (27-31), c) 24-48 (21-26), d) 20-23 (18-20), Kälber: a) - (-), b) 72-80 (68-76), c) 60-75 (58-70), d) 40-56 (38-53), Schweine: a) (über 300 Pfund) 43-45 (45-46), b) (240-300 Pfund) 44-46 (45-46), c) (200-240 Pfund) 43-45 (45-46), d) (160-200 Pfund) 42-44 (41-45), e) (120-160 Pfund) 39-41 (38-41), (unter 120 Pfund - (-), g) (Sauen) 40-41 (40-41).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 10. April 1931.

Jakob Hopfentraum.^x

SPD. Sonderbar muss das Leben Jakob Hopfentraums gewesen sein, da es mit seinem Tode nicht aufhörte, sondern weiterging. Und was dabei geschah, das ergibt eine merkwürdige Geschichte, die noch deutlich in meiner Erinnerung steht.

Viele Monate lebte ich vor einigen Jahren in einer finsternen Mietskasérne im Norden der Stadt. Von innen gesehen bestand sie eigentlich nur aus unzähligen kleinen Türen, hinter denen Menschengeschrei und Kindergeschrei wohnten. Hinter jeder Tür erklang das Geschrei anders, und die Holztreppe stöhnte unter den Tritten der Menschen, als wären sie lebendige Wesen. Im übrigen war das Haus verbaut, fahl, und die Wände waren von einem klebrigen, feuchten Ueberzug bedeckt.

An jeder Tür hingen Namenschilder übereinander, die in ihrer Anhäufung an überfüllte Wartezimmer erinnerten. Sonderbare Namen waren darunter. Zum Beispiel: Jakob Hopfentraum.

Jedesmal, wenn ich die Treppe hinauf und an dieser Flurtür vorbei kam, geriet ich in Versuchung, an der Klingel zu ziehen, die über dem ovalen, schmutzigen Emailleschild angebracht war. Ja, zuletzt begann mich dieser sonderbare Name ernstlich zu beschäftigen. Hopfentraum? Das erinnerte mich unwillkürlich an alte, verschrobene Beamte, die sich in Kanzleistuben über Aktenstöße beugten, mürrische Blicke um sich warfen und ihres Lebens nie recht froh wurden. Ich musste an einen älteren Mann denken, der stets dunkle, altmodische Kleider trug. Dessen Hosen den Bügelkniff verschmähten, um sich dafür in Sturzbächen von Falten an den dürren Beinen hinunterzugießen. Sicherlich hatte sein Leben schon frühzeitig mit Enttäuschungen und Entbehrungen begonnen. Vielleicht waren ihm unverdiente Kränkungen widerfahren. Mehr und mehr schien es mir, als gehörte er zu jenen Menschen, denen in ihrem Leben niemals etwas gelingt, die alles verkehrt anfangen und immer zu kurz wegkommen. Nun war er alt, ein Einsamer und früh Verbitterter, den man seinen Weg dahin ziehen lassen muss.

Ja, genau so und nicht anders musste es mit Jakob Hopfentraum bestellt sein. Aber so viel Mühe ich mir auch gab, ich bekam ihn nur wenige Male zu Gesicht. Das heisst, ich sah einige Male im schwachen Schein der Treppenbeleuchtung einen älteren Mann, der etwa meiner Vorstellung entsprechen konnte, hastig die Flurtür aufschliessen und hinter ihr verschwinden.

Ich weiss nicht, wie es kam, aber ich hatte manchmal die Empfindung von etwas Blassem, geradezu Unkörperhaften. Ja, ich hatte für Sekunden das Gefühl, als sei es gar kein Mensch, hinter dem sich die Türe schloss. Aber das alles war doch mehr eine vorübergehende Empfindung, über die ich mir wenig Gedanken machte. Einmal glaubte ich ihn auch am hellen Mittag auf der Strasse zu sehen. Er ging auf der anderen Seite der Strasse; in der Sonne. Trotz der Hitze war er schwarz gekleidet. Ich sah ihm nach, doch im gleichen Augenblick erregte unwillkürlich eine Reklamefigur, die auf hohen Stelzen daherschritt, meine Aufmerksamkeit. Als ich dann wieder auf die andere Seite hinüberschaute, war Hopfentraum verschwunden. Er konnte nur in den kleinen Tabakladen getreten sein. Jedoch, als ich selbst den Laden betrat, versicherte mir der Verkäufer auf meine Fragen, dass er seit dem Morgen keinen Kunden bedient habe, auf den meine Beschreibung gepasst hätte. Als ich den Namen Hopfentraum nannte, zuckte

er mit den Achseln. Er war ihm gänzlich unbekannt, obgleich er, wie er mir erzählte, sein Geschäft schon jahrelang in diesem Viertel betreibe. - Dieser Vorfall machte mich allerdings stutzig, und ich begann, über den Fall nachzudenken. Aber es kommt noch besser.

Kurze Zeit darauf, an einem drückend heißen Tage, fuhr ich nach Mitternacht aus einem unruhigen Halbschlummer auf. Irgendein Geräusch musste mich aus dem Schlafe gerissen haben. Ich richtete mich langsam im Bette auf und sah im gleichen Augenblick - Jakob Hopfentraum vor mir stehen, deutlich an der hellgetünchten Kammerwand stehen und nach dem Fenster starren. Die Kammer war eng - bitte, beachten Sie dies! -, ich konnte genau sein Gesicht erkennen. Es war das gleiche, das ich mir schon hundertmal vorgestellt hatte.

Ich weiss nicht, ob er auch etwas sagte, doch ich glaube es. Gott, ich war so benommen.... Aber plötzlich drehte sich die Erscheinung voll zu mir hin und sah mich lange mit einem traurigen, verzeihenden Blick an. So merkwürdig, dass ich ihn nicht ertragen konnte und für Sekunden die Augen niederschlug.

Als ich sie wieder öffnete, war Hopfentraum verschwunden. Spurlos - nur auf der hellen Wand dort spürte ich noch den leichten Umriss seines Schattens.

"Das Nachtgespenst?" überlegte ich blitzschnell. Noch immer liefen Gerüchte über das Auftauchen eines geheimnisvollen Unbekannten um, der nächtlich in Fenster einstieg, Schlafende erschreckte und lautlos wieder verschwand. War das also Hopfentraum? Oder war das Ganze ein irrsinniger Traum - eine Halluzination? Tausend Gedanken schossen mir durch den Kopf. Aber merkwürdig, mit einem Male umstrich mich ein kühler Hauch. "Wie kühle Erde", dachte ich. Dann schlief ich wieder ein. Kühle Erde!

Am nächsten Morgen deutete mir die ganze Angelegenheit so unwahrscheinlich wie ein Traum. Ein unmöglicher, ein blödsinniger Traum. Was weiter!

Doch sonderbar, das Ereignis wiederholte sich in der folgenden Nacht und auch in der zweitnächsten. Rebellierten denn meine Nerven? Ich konnte mir nichts erklären. Nur sah ich beim letzten Mal, dass der verzeihende Ausdruck aus den Zügen des Fremden gewichen war und dafür ein boshaftes Lächeln seinen Mund umspielte. Und wieder umströmte mich eine eisige Kälte.

Am nächsten Tage - es war ein Sonntag; das Haus lag still und öde - raffte ich mich auf und zog an der Klingel, die über Hopfentraums Türschild hing, entschlossen, dem Spuk ein Ende zu machen. Die Glocke schollte laut und gellend in der Wohnung. Aber erst beim zweiten Läuten erschien ein Kind, ein kleines Mädchen. Auf mein Befragen erzählte es, dass Hopfentraum schon lange tot sei. Schon vor einem Jahre gestorben. Um das Schild habe sich freilich niemand gekümmert, und so sei es eben an der Türe geblieben.

Das Schild? Blitzschnell durchfuhr mich ein Gedanke: Das Schild zwang Hopfentraum - zum Weiterleben. Das Schild allein trieb ihn Nachts ruhelos umher

Weiterleben? Hier sollte etwas getan werden. Zudem graute mir vor den kommenden Nächten. Ich verschaffte mir einen Schraubenzieher und löste heimlich das Schild von der Türe. Aber ehe ich es in die Tasche steckte - ich hatte vor, es in den Kanal zu werfen oder in kleine Stücke zu zerschlagen -, drehte ich mich noch einmal vorsichtig um. Ich glaubte mich beobachtet. Bei Gott - ich war es! Das Blut stockte mir in einem irrsinnigen Schrecken: Drei Schritte hinter mir stand das Phantom! Das Schild fiel aus meinen Händen und zerbrach klirrend auf den Fliesen. Es verging eine entsetzliche Minute, während deren ich regungslos da stand. Dann sah ich um den fahlbleichen Mund des Fremden ein spöttisches Lächeln aufzucken. Er drehte sich langsam herum, schritt lautlos die Treppe hinunter und war plötzlich, noch ehe ich ihn um die Biegung gehen sah, verschwunden. Ich glaubte noch ein tolles, phantastisches Gelächter zu hören; dann....

Heimkehrende Hausbewohner fanden mich bewusstlos da liegen. Jakob Hopfentraum aber ist mir seitdem nie wieder erschienen....

Alfred Prugel.

Mahatma Gandhi.^x

SPD. Seit dem vor kurzem von der Regierung MacDonald endlich durchgeführten englisch-indischen Verständigungswerke, das im kommenden Mai seine Krönung im Besuche des Mahatma Gandhi in London finden soll, steht die Persönlichkeit Gandhis mehr als je zuvor im Mittelpunkte des Weltinteresses. Und doch sind Gandhis Persönlichkeit und Werdegang - abgesehen von den Ereignissen etwa der letzten Jahre - ausserhalb seiner indischen Heimat verhältnismässig unbekannt geblieben. Gandhi steht immerhin heute im 62. Lebensjahre und kann bereits auf ein jahrzehntelanges Wirken im Dienste der indischen Unabhängigkeitsbewegung zurückblicken. Umso stärkerem Interesse muss deshalb eine von diesem einzigartigen Manne selbst herrührende Darstellung seines Lebensganges begegnen, von der vor kurzem eine deutsche Ausgabe unter dem Titel "Mein Leben" (Insel-Verlag Leipzig) erschienen ist. Das Buch enthält eine von dem Engländer C. F. Andrews herausgegebene gekürzte Zusammenfassung zweier sehr umfangreicher autobiographischer Schriften Gandhis aus den letzten Jahren. Es ist gewiss alles andere als eine unterhaltsame Lektüre, aber es vermittelt bei aller gedanklichen Tiefe ein so erstaunlich lebendiges Bild seines Verfassers und der mit seiner Person verknüpften geschichtlichen Vorgänge, dass man es von Anfang bis zum Ende mit unverminderter Spannung durchliest.

Man soll nicht etwa glauben, dass Gandhi ein indischer Fanatiker im härenen Mönchsgewande sei. Eng ist er mit moderner europäischer Zivilisation verbunden, und das Auto beispielsweise ist für ihn ein vielverwendetes Verkehrsmittel. Als jüngster Sohn eines hohen indischen Beamten ist er am 2. Oktober 1869 geboren. Kindheit, Schulbildung und frühe Jugend verlaufen naturgemäss in den bei seinem Volke traditionellen Formen. Bereits mit 13 Jahren wird er verheiratet; er empfindet das später als "unsinnig" und beschämend. Sittliches Feingefühl und Reformeifer regen sich schon sehr früh in ihm. Darum ergreift er auch - entgegen den strengen Vorschriften seiner Kaste - begierig die Gelegenheit, nach dem Abschlusse seiner Reifeprüfung nach England zum Studium der Rechtswissenschaft und zur Vorbereitung auf den Anwaltsberuf zu gehen. In London finden wir ihn auch in gesellschaftlichem Verkehr mit dem englischen Bürgertum. Nach Ablegung der juristischen Prüfungen kehrt er in seine Heimat zurück. Immer stärker erwacht sein Drang nach Ueberwindung alter, inhaltlos gewordener Konventionen, selbst bestimmter veräusserlichter Vorschriften des religiösen Ritus, dem er an sich sehr eng verbunden ist. Ein Tätigkeitsfeld eröffnet sich ihm durch die Uebernahme der Interessenvertretung einer indischen Firma in Südafrika. Der nun folgende lange Aufenthalt in Südafrika, der bis in die Tage des Ausbruchs des Weltkrieges hinein dauert und nur im Sommer 1896 von einem ganz kurzen Aufenthalt in Indien unterbrochen wird, ist entscheidend für Gandhis Lebenswerk. Die ausserordentlich gedrückte soziale Lage der zahlreichen Inder in Südafrika lässt Gandhi zum erstenmale zum suggestiv mitreisenden, bewunderswert geschickten, eisern konsequenten Organisator jenes passiven Widerstandes werden, wie er uns aus den Ereignissen des vorigen Jahres in Indien noch in frischer Erinnerung ist. Und wie zuletzt in Indien, so ist auch 1913 in Südafrika diese Erhebung siegreich über die englische Kolonialherrschaft. Gegenüber dem gewaltlosen, gern zum Opfer der Gefängnishaft bereiten Kampf eines ganzen Volkes um sein Recht sind alle Zwangsmassnahmen unwirksam. In Indien selbst datiert die Bewegung im wesentlichen erst seit dem Ausgang des Krieges, bis sie jetzt endlich zu dem Erfolge geführt hat, den zugleich die englische Arbeiterregierung als einen Triumph ihrer neuen Dominialpolitik buchen kann.

Gandhis Wirken entspringt, seinem Volkstum entsprechend, ganz und gar nicht etwa sozialistischen, sondern in der Hauptsache religiösen Motiven. Nicht einmal ein radikaler Pazifismus ist anfangs an ihm wahrzunehmen, denn er trägt kein Bedenken gegen die Teilnahme an den Kriegen der Engländer - Burenkrieg,

Zuluaufstand, Weltkrieg -, erkennt sie sogar als Pflicht an. Man möchte ihn geradezu ein religiöses Genie nennen, und aus dieser tiefen Religiosität leitet sich allerdings auch das nationale Moment seines Wirkens her, das - fern von politischen Tendenzen im engsten Sinne - auf Selbstregierung und wirtschaftliche Selbstversorgung des indischen Volkes hinzielt. Politischer Hass ist Gandhi völlig fremd. Wiederholt wird er den Vorzügen der Engländer mit grosser Objektivität und klugem Verständnis gerecht. Seine religiöse Innerlichkeit, die ihn oft zu strengster Askese treibt, findet ihren Ausdruck nicht in bigottem Eiferertum, sondern in einer allumfassenden Menschlichkeit. Und wenn er aus eben dieser Menschlichkeit alle Klassen- und Kastenunterschiede hinwegräumt und jegliche Gewaltanwendung ablehnt, so berührt er sich darin doch wieder mit den Idealen des Sozialismus und des Pazifismus.

Gerade die Art, wie Gandhi sein Leben und Wirken schildert, lässt den unwiderstehlichen Zauber seiner Persönlichkeit erkennen. Für einen weniger gefestigten Charakter hätte sich hier leicht die Gefahr einer eitlen Selbstbespiegelung ergeben. Aber Gandhis Darstellung ist so frei von jeder Pose, so voller Demut und Wahrhaftigkeit und so voller ethischer Grösse, dass aus diesen Eigenschaften die Anhänglichkeit des indischen Volkes an seinen Führer als selbstverständlich erscheint. Und dieser Bann der Persönlichkeit sichert auch dem Buche Gandhis über die spannenden stofflichen Reize hinaus seine zwingenden, nachhaltigen Eindrücke. Es ist kein Wunder, dass Romain Rolland neben Beethoven, Michelangelo und Tolstoi auch Gandhi eine Würdigung gewidmet hat. Mit seinem Streben, dass die "Idee der Gewaltlosigkeit" - unter der auch die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung zu verstehen ist - "alle Herzen in aller Welt bezwingen" möge, gehört Gandhi zu den internationalen menschheitlichen Heroen.

Dr. Wilhelm Bolze.

----- Die Stadt des Durstes.^x -----

Von Tom Mahoney.

SPD. Juarez, die am nächsten an der Grenze der Vereinigten Staaten gelegene mexikanische Siedlung im Staate Chihuahua, musste dreihundert Jahre warten, bevor sie eine Stadt wurde. Das hat sie nur der Prohibition zu verdanken. Durstige Amerikaner haben innerhalb der letzten zehn Jahre Juarez zu einem grösseren Wachstum verholfen, als es diesem Orte während der drei Jahrhunderte seines früheren Bestehens beschieden war. Ein Komplex von Kaffeerestaurants und Kabarets reiht sich an den andern - ein Wahrzeichen dafür, dass buchstäblich der Durst diese mexikanische Grenzstadt erbaut hat. Im Jahre 1919 konnte sich Juarez noch nicht des ersten Zehntausends von Einwohnern rühmen. Vor einigen Wochen stellten die Volkszählungskommissäre in Juarez eine Einwohnerschaft von 42 201 Köpfen fest. Innerhalb des ersten Jahrzehnts der amerikanischen Prohibition hat sich also die Bevölkerung von Juarez um vierhundert Prozent vermehrt. Gegner der Regierung behaupten, dass die Volkszählungskommissäre, da sie in Mexiko nicht wie in den Vereinigten Staaten nach der Zahl der ermittelten Namen entlohnt werden, zahlreiche Einwohner übersehen haben, und dass die Bevölkerung von Juarez in Wirklichkeit auf etwa 60 000 zu beziffern ist.

Auch oberflächliche Beobachter können feststellen, dass ein sehr grosser Teil der Bevölkerung von Juarez mittelbar oder unmittelbar vom Verkauf alkoholischer Getränke an durstige Amerikaner lebt, die Tag für Tag zu Fuss, im Auto und mit der Strassenbahn den Rio Grande überqueren. Juarez hat zwei Brauereien, vier grosse Schnapsbrennereien und etwa dreihundert "Saloons". Praktisch genommen fliessen die gesamten Einnahmen der Stadt Juarez und ein grosser Teil der Einkünfte des Staates Chihuahua aus der Besteuerung all dieser Etablissements. Die "Strasse des 16. September" - so benannt nach dem mexikanischen National-

feiertage - zählt mehr Restaurants und Bars als jede andere Strasse ähnlicher Länge auf der ganzen Welt. Sechs Häuserblocks werden buchstäblich überhaupt nur von Bars in Anspruch genommen. Ein mexikanisches Gesetz verbietet zwar eine so dichte Aneinanderreihung von Stätten des Alkoholausschanks; aber dieses Gesetz scheint den Verantwortlichen nur in sehr langen und unregelmässigen Zeitabständen bewusst zu werden.

Und doch waren noch vor etwa zehn Jahren die Verhältnisse gerade umgekehrt. Damals kamen die Leute von Juarez nach El Paso, um in dieser Grenzstadt der Vereinigten Staaten ihren Bedarf an Alkohol zu decken. Mount Vernon-Whisky war bei den Mexikanern besonders beliebt. Aber mit dem Inkrafttreten der Prohibition wanderten die meisten Restaurant- und Barbesitzer von El Paso und auch von anderen amerikanischen Grenzstädten nach Juarez hinüber. Die Amerikaner wallfahrten seither in so hellen Scharen auf mexikanisches Gebiet, dass sie buchstäblich zwei Brücken über den Rio Grande abgenützt haben. Beide mussten durch solide und dauerhafte Stahlkonstruktionen ersetzt werden. Jeder Automobilist, der über eine der beiden Brücken fährt, muss eine Abgabe von fünfundzwanzig Cents entrichten, während der durstige Fussgänger nur zwei Cents zu bezahlen hat. Diese Beträge werden von der Elektrizitätsgesellschaft in El Paso, die die Brücken erbaut hat, erhoben, und die Einnahmen dieses Unternehmens, an Brückenzoll sind so hoch, dass die Gesellschaft sich beim Betrieb ihrer Strassenbahn mit einem Fahrpreis von sechs Cents begnügen kann, während die Strassenbahngesellschaften mit ähnlichen Streckenlängen in allen übrigen Teilen der Vereinigten Staaten darüber klagen, dass sie bei Fahrpreisen von acht und zehn Cents noch zuschiessen. So viele Amerikaner entdeckten ihre Vorliebe für Juarez, dass es unmöglich wurde, dass alle bis 9 Uhr Abends, dem bis dahin üblichen Dienstschluss der Grenzwahe, in die Vereinigten Staaten zurückkehrten. Die Zollbeamten beider Nationen mussten bis spät in die Nacht Ueberstunden machen, um all die Nachzügler abzufertigen. Trotz aller Proteste der Verwaltungskommission von El Paso, die dafür eintrat, dass die Brücken um 6 Uhr Nachmittags abgesperrt werden sollten, wurde der Zeitpunkt der Brückensperre vom Finanzamt auf die Mitternachtsstunde festgesetzt.

Die Genüsse von Juarez sind nicht billig. Ein Abendessen in einem Kaffee-restaurant stellt sich auf 6 bis 15 Dollar - wenn man nicht über seinen Durst trinkt. Tut man dies, dann gibt es keine Grenzen nach oben für die Beträge, nach denen Kellner, Taxichauffeure und mexikanische Polizeibeamte die Hand ausstrecken. Zu den regelmässigen Besuchern gehören auch die jungen Offiziere der Grenzfestung der Vereinigten Staaten Fort Bliss. Die 125 Dollar Monatsgabe, die so ein amerikanischer Leutnant bezieht, gestatten es ihm kaum, sich allzu viele Abendunterhaltungen zum Preise von 15 Dollar zu leisten. So kaufen sie sich den Alkohol flaschenweise im Laden, um ihn sich in irgendeinem billigen chinesischen Restaurant zu Gemüte zu führen. Ein Quart (etwa 1,1 Liter) vorzüglichen Weines stellt sich so auf nur 80 Cents, wovon die amerikanischen Touristen keine Ahnung haben. Das Gästebuch des Etablissements "Mint" verzeichnet Männer von sehr verschiedenen Geschmacksrichtungen: H.L. Mencken, Admiral Byrd, Theodore Dreiser, Will Durant, Jack Dempsey und Otto H. Kahn - um nur einige Namen zu nennen - sind hier eingekehrt.

Von seinen zahlreichen Kaffeerestaurants und Bars abgesehen, hat Juarez dem Besucher kaum besonders Reize zu bieten. Die Spielsäle des "Tivoli" sind seit zwei Jahren geschlossen. Bei jedem Gerücht über ihre Wiedereröffnung treffen von der Verwaltungskommission und der Handelskammer von El Paso telegraphische Proteste in Juarez ein, und da Mexiko noch recht lange die Gunst der Vereinigten Staaten geniessen will, um dort einige dringend benötigte Anleihen unterzubringen, so haben diese Proteste einiges Gewicht. Im übrigen haben die mexikanischen Behörden die Vorteile, die der amerikanische Fremdenstrom Juarez bringt, rasch erkannt. Keine Pässe sind notwendig, um aus den Vereinigten Staaten nach Juarez zu kommen. Besucher erhalten im Bürgermeisteramt eine Identitätskarte, die sie vor Arretierung schützt; es sei denn, dass sie gera-

de einen Mord oder Raub begangen haben. Wenn der Inhaber einer solchen Identitätskarte versucht, im Rinnstein zu übernachten, so wird er von einem freundlichen Polizisten in ein Autotaxi verfrachtet und nach El Paso gebracht. Ohne diese Karte muss er die Nacht in dem weniger freundlichen Gemeindefahtlokal in Gesellschaft der einheimischen Raufbolde verbringen. Denn die Strassen von Juarez sind gut bewacht.

Obwohl die CALLE DIABLO, die "Teufelsstrasse", von zahlreichen grellgeschminkten, gastfreundlichen Damen bevölkert wird, besteht in Juarez noch immer ein merkwürdiges altes Gesetz, das es unter Strafe stellt, wenn ein Mann auf der Strasse eine Frau - und sei es auch seine eigene - küsst. Auch in diesem Falle müssen beide für ihre unmoralische Handlung in das bereits erwähnte Gemeindefahtlokal. Und es sind gerade die amerikanischen Besucher, die diesem Gesetz mit erstaunlicher Regelmässigkeit zuwiderhandeln.

"Was wollen Sie denn überhaupt noch hier?" sagte jüngst ein Polizeibeamter in Juarez zu einem etwas angeheiterten Amerikaner. "Ihr verdammten Americanos habt bei uns euer Geld auszugeben und dann zu schauen, dass ihr weiterkommt!"

(Autorisierte Uebersetzung von Leo Korten.)

Ferngedachte Telegramme.^x

SPD. Der deutschen Reichspost erwächst in Berlin eine Konkurrenz, die ihr einstweilen allerdings noch nicht die grösste Sorge macht, die aber immerhin eindringt in ihr Hoheitsgebiet: da lebt ein Mann, der für seine Telegramme nicht die ordnungsgemässen Gebühren zahlt, weil er auch nicht den ordnungsgemässen Weg zu ihrer Beförderung benutzt. Er hat es einfacher und spart sich den Weg zum Postamt oder wenigstens zum Telephon, und er hat es auch billiger. Er setzt sich an seinen Tisch und - denkt seine Telegramme fern. Denn der Mann ist sein eigener Sender, und die Empfänger seiner Botschaften sind gleichzeitig die Antennen. Vorläufig ist der Betrieb nur in kleinem Masstab aufgemacht. Es wird nur Donnerstags gesendet zur Kränzchenstunde unsrer lieben Frauen. Wenn die Bridge spielen, zückt der Mann gleichfalls sein Kartenspiel, denn dieses ist das Hauptrequisit seines übersinnlichen Telegraphenamtes.

Was das nun schon wieder ist ?

Es gibt in Berlin, draussen im stillen, beschaulichen Lichtenfelde, einen Mann, der sich Professor und ein "wissenschaftliches Institut für okkultistische Forschung" sein eigen nennt. Die Okkultisten haben es gern mit der Wissenschaft zu tun, trotzdem sie sie bekämpfen wie die Erbsünde. Ein Okkultist kann keinen Wissenschaftler leiden, doch seinen Titel trägt er gern. Sie verhüllen zumeist mit diesem Titel die Komik ihrer zahlreichen Blößen. Und das Attribut der Wissenschaftlichkeit ist so eine von den vielen Angelegenheiten, die sich jeder selbst zulegen kann, wie man eben von seinem schwarzen oder braunen Dackel behaupten kann, er sei grün, ohne dass man sich dadurch vor dem Gesetz strafbar macht.

Man darf sich dieses wissenschaftliche Institut nun nicht etwa vorstellen wie gemeinhin eine Forschungsstätte mit Retorten und Reagenzgläsern, Mikroskopen und grossen Versuchsaufbauten. Dieses Institut ist ein behagliches Wohnzimmerchen aus der guten, alten Zeit, still und verträumt. Der Herr Professor sitzt vor dem Erkerfenster und sortiert Briefe mit den verschiedensten Marken, dass man im ersten Augenblick meint, er sei ein passionierter Sammler. Aber das sind nur die zahlreichen Antworten seiner Antennen, die ihm mitteilen, was er am letzten Donnerstag gesendet hat. Da schreiben ihm seine Jünger aus Oslo und aus Riga, aus Danzig und allen Ecken und Enden. Ein Sekretär tippt eifrig Briefe. Es wird den verschiedenen Herren Antennen mitgeteilt, dass sie

am Donnerstag zwischen 3 und 4 Uhr bereit sein sollen. Dann wird wieder etwas gesendet. Und am Donnerstag von drei bis vier geht der Herr Professor in gehobener Stimmung in sein Zimmerchen, beschaut sich ein Spiel Karten, denkt sich beispielsweise "Porz As" und "sendet". Das ist keine leichte Aufgabe. Es kostet Hervenkraft und Anstrengung. Hat sich der Herr Professor "Herz As" lange genug gedacht, dass er meint, es flutscht jetzt nur so um die Welt, dann ist die erste Hälfte dieser "Versuchsreihe", wie es heisst, getan. Das übrige besorgt leichtsinnigerweise noch die Reichspost, die sich des Tuns des gefährlichen Herrn Professors und seiner aufsteigenden Konkurrenz anscheinend noch nicht bewusst ist. Sie bringt in den nächsten Tagen die Briefe an, die dem Herrn Professor das mitteilen, was er längst schon weiss: nämlich das, was er gesendet hat.

Da schreibt der eine etwa: gesandt wurde ein kleiner heller Kreis. Und da leuchtet das Antlitz des Strahlenprofessors. Denn das stimmt. Kleiner heller Kreis ist Herz As. Farben sind schlecht zu senden. Hell bedeutet natürlich rot. Und der Kreis bedeutet Herz, denn auf die weite Strecke ist die Herzform zum Kreis verundeutlicht worden. - Ein anderer schreibt: gesandt wurde dunkles Dreieck. Und da strahlt abermals der Strahlenprofessor. Denn auch das stimmt. Dunkles Dreieck ist Herz As. Die Farbe ist auf der Sendung nachgedunkelt. Rot wirkt leicht dunkel. Die photographische Platte empfindet es ebenfalls schwarz. Und das Dreieck, ein nach unten spitzes, gleichseitiges Dreieck ist ja fast die Herzform. - Wieder ein anderer schreibt: zwei Herzen. Auch da strahlt der Strahlenprofessor. Herz ist Herz. Oder etwa nicht? Die Antenne hat eben durch irgend eine Rückstrahlung doppelt aufgenommen. Das kommt vor. Aber sonst ist diese Antwort hundertprozentig richtig, während die anderen etwas ungenau und etwa nur zu achtzig bis neunzig Prozent richtig sind.

Der okkulte Herr Professor macht und erklärt das mit einem Ernst, der davon überzeugt, dass er selbst daran glaubt, Aber er ist nicht nur der Märtyrer einer grossen Entdeckung, den die Wissenschaft nicht anerkennt, weil er ihre Gesetze über den Haufen stürzen will. Er ist auch ein guter Geschäftsmann.

"Also Sie wollen etwas über meine Versuchsreihen schreiben? Sicherlich hat die Öffentlichkeit ein Interesse daran. Aber Sie sind kein Wissenschaftler und kein Forscher auf diesem Gebiete. Werden Sie das denn schreiben können?"

"Ich glaube."

"Ich aber glaube es nicht. Ich werde Ihnen ein Exposé schreiben, das Sie bringen können."

"Wie Sie meinen."

"Schön. Und was dachten Sie sich, Herr Redakteur, was können Sie dafür anlegen?"

"Wie : anlegen?"

"Was zahlen Sie mir?"

Woraus sich ergibt, in Kürze, warum und wozu die okkultistischen Wissenschaftler ihre himmelstürzenden Entdeckungen machen. Mario Mohr.

SPD. Wie alt werden die Bäume?^x Alle Bäume ohne Ausnahme können ein Alter erreichen, dem gegenüber das Alter des Menschen fast klein erscheint. Die Ulme z.B. bringt es durchschnittlich auf 300 Jahre, die Esche auf 170, die Birke auf 200, die Espe auf 210, die Buche auf 245, die Lärche auf 570, die Silber-
tanne auf 425, die Kiefer sogar auf 700 Jahre. Unsre gute deutsche Eiche wird von den Laubhölzern am ältesten, nämlich etwa 500 Jahre. Sie steht zwar manchmal noch einige Jahrhunderte länger, aber mit 500 Jahren beginnt gewöhnlich das Herz zu faulen, und der Baum krankt von da an mehr und mehr.